

Bezugspreis: Wöchentlich 55 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutsch-land, Danzig, Saar- u. Rheingebiet, Oesterreich, Estland, Litauen, Kurland, Ostpreußen 1,20 Goldmark, für das übrige Ausland 1,45 Goldmark pro Woche. Kreuzband erhaltungen nur gegen wert- bebildige Zahlung. Postzusatzpreis für Februar 4.— Goldmark.

Der „Normwärts“ mit der Sonntags- beilage „Soll und Seil“ mit „Sich- lichen und Riesengarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Johannis“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Normwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 22. Februar 1924

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Postkonten-Gesellschaft, Postfach Lindenstraße 3

Poincaré vor dem Rücktritt.

Nur 16 Stimmen Mehrheit im Senat. — Millerand soll entscheiden.

Paris, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Ministerpräsident Poincaré hat heute im Senat bei der Beratung der Wahlreform mit 150 gegen 134 Stimmen einen knappen Sieg errufen. In parlamentarischen Kreisen will man wissen, daß Poincaré dem Präsidenten der Republik erklären wollte, daß er mit einer so geringen Mehrheit nicht weiterregieren könne und darum seinen Rücktritt anbiete. Man zweifelt nicht daran, daß Millerand in diesem Falle das Rücktrittsgesuch annehmen wird.

Paris, 21. Februar. (W.T.B.) Nach Schluß der Generaldebatte des Senats über die Wahlreform ging man zur Beratung des Art. I des Kommissionsentwurfs über, zu dem Senator Pégibet folgenden Zusatzantrag gestellt hat: „Niemand kann für gewählt erklärt werden, der nicht mehr Stimmen erzielt hat als sein Gegenkandidat.“ Der Antragsteller begründet selbst diesen Antrag. Ministerpräsident Poincaré nimmt gegen den Antrag Pégibet Stellung und stellt die Vertrauensfrage. Der Antrag wird darauf mit 150 gegen 134 Stimmen abgelehnt. Die Fortsetzung der Debatte wird auf Dienstag vertagt.

Paris, 21. Februar. (W.T.B.) Der Senat setzte heute in Anwesenheit des Ministerpräsidenten die Debatte über die Wahlreform fort. Senator Brenier (Soz.) erklärt, die viergliedrige sozialistische Gruppe wolle für den Entwurf der Kommission, d. h. gegen den von der Kammer angenommenen Entwurf stimmen. Die Sozialisten träten in diesem Falle für die Arrondissementswahl ein, da mit einem wahren Proportionalwahlrecht doch nicht zu rechnen sei. — Im Anschluß hebt Senator Renault den

Gegensatz zwischen dem Ministerpräsidenten und der radikalen Fraktion

heraus. Nach Ansicht des ersteren stelle die Wahlordnung von 1919 einen bedeutenden Fortschritt im Sinne der Gerechtigkeit dar, andererseits beschwöre der Ministerpräsident den Senat, in diesem Punkte keinen Konflikt mit der Kammer zu schaffen. Die Wahlrechtskommission des Senats dagegen stehe auf dem Standpunkt, daß es darauf ankomme, auf dem Gebiete der Wahlreform das zu verwirklichen, was für Frankreich und die Republik am nützlichsten sei, und wenig darauf, ob die Wahlgesetzgebung sich in dem vom Ministerpräsidenten gewünschten Sinne entwickle, und ob die Kammer die Senatsbeschlüsse unangenehm empfinde. 1889 habe auf Veranlassung von Charles Floquet das Parlament die Arrondissementswahl wiederhergestellt. Jean Jaurès und Millerand hätten dagegen gestimmt, aber Waldeck-Rousseau und Poincaré hätten sich für den Antrag Floquet ausgesprochen. Heute sei die Lage nicht viel anders. Der Erwählte müsse in direkter und enger Fühlung mit den Wählern bleiben, damit die Lösung der großen Probleme in Einklang gebracht werden könnten mit den lokalen Interessen. Die Generalräte, die aus überzeugten Republikanern zusammengesetzt seien, hätten sich mit großer Mehrheit für die Wiedereinführung der Einer- und Mehrheitswahl ausgesprochen; sie müßten gehört werden.

Renault sagt, der Senat sei über die Lage der Dinge genügend aufgeklärt. Wenn er sich einer Wahlrechtskommission nicht anschließen und keine Zustimmung zur Aufrechterhaltung der Politik von 1919 gebe, werde er später vor die Forderung gestellt werden, seine Beschlüsse zu vervollständigen und im Sinne der Verhältnisse wählen noch weiter zu gehen. Das Parlament soll, was die Verteilung der Kräfte anbelange, das Spiegelbild der Nation sein. Das sei die Auffassung, die der Ministerpräsident gestern entwickelt habe. Das Mehrheitsprinzip fördere die Konsolidierung der nationalen Einheit und begünstige die äußere Politik des Landes.

Nach Renault erklärte der royalistische Senator de Blois, für ihn komme vor allem die Erwägung in Betracht, daß

der Ministerpräsident nicht gestürzt werden dürfe.

Wenn Poincaré zurücktrete, wäre es ein großes Unglück und es würde keineswegs den sozialen Frieden bedeuten. Der reaktionäre Senator de la Haye erklärt er möchte gern, daß der Ministerpräsident auf die weichen Kissen der Arrondissementswahlen falle. Man müsse ihn in den Senat und in die Akademie schicken, damit er eines Tages wie ein Ritter wieder auferstehe, denn er glaube, Poincaré sei der letzte Sieger der Republik.

Es mag eigentümlich erscheinen, daß Poincaré, der bis jetzt in der Kammer über eine immerhin sichere Mehrheit von 60 Stimmen verfügte, nunmehr gerade vom Senat, der in der Politik Frankreichs im allgemeinen eine etwas untergeordnete Rolle spielte, den entscheidenden Stoß erhalten hat. Aber zweifellos hängt dies mit der allgemeinen politischen Atmosphäre zusammen, die sich seit etwa fünf Wochen, nämlich seit dem ersten rückartigen Sinken des Frank., entwickelt und in den allerletzten Tagen für Poincaré, seine Regierung und seine Politik ganz beträchtlich verschlechtert hat.

Gewiß ist die Wahlrechtsfrage ein Problem von größter innerpolitischer Bedeutung für Frankreich, dessen re-

für die Wahlen von 1919 eingeführte Zerrbild eines Proportionalwahlrechts zurückzuführen ist, dem der ungeliebte „Nationale Block“ in der Hauptsache seinen Riesenerfolg verdankte. Nun sollte dieses Wahlrecht auch für diese Wahlen weiter in Kraft bleiben: es hätte zwar nicht vermocht, die Niederlage des Nationalen Blocks zu verhindern, aber vielleicht doch noch genügt, um einen völligen Zusammenbruch der bisher herrschenden Reaktion zu vermeiden. Und deshalb wurde dieses Wahlrecht von Poincaré mit dem Erfolg verteidigt, daß die Kammer eine von der Linken beantragte Rückkehr zum alten System der Einmännerwahlkreise ablehnte. Hingegen ist die Mehrheit des Senats grundsätzlich gegen das jetzige Wahlrecht und gegen das Proporzsystem überhaupt. Hat ja schon im Winter 1912 der Senat genau in derselben Wahlrechtsfrage die damalige Regierung Briand gestürzt.

Der Vorstoß des Senats ist bereits vor einigen Tagen angekündigt worden. Die radikale Linke, die allein über die absolute Mehrheit verfügt, hatte sich verpflichtet, u. a. folgenden kurzen Zusatzantrag anzunehmen, der das ganze jetzige System glatt über den Haufen werfen sollte.

„Kein Kandidat wird für gewählt erklärt werden können, der weniger Stimmen als einer seiner Gegner erhalten hat.“

Nun gibt es unter den Senatsradikalen eine ganze Anzahl, die unter Führung des Senatspräsidenten Doumergue, eines persönlichen Freundes und Anbeters Poincarés, stets für den „großen Vorhänger“ eingetreten ist.

Aber die Zeiten haben sich eben gründlich geändert. Poincarés Stern ist nicht nur verblasst, sondern im ganzen Lande herrscht seit dem bitteren Anschauungsunterricht des Frankfurter Sturzes in weitesten Kreisen des Landes die Stimmung: Fort mit diesem Manne, dessen Politik unser Land zum Ruin führt!

Und nun hat der Senat diesen Antrag mit nur 16 Stimmen abgelehnt, wovon übrigens vier von Senatoren stammen, die selbst Mitglieder der Regierung sind.

Daß die von Poincaré kategorisch verlangte Annahme der 20prozentigen Steuererhöhung den Frankkurs nicht stützen würde, hat ein jeder in Frankreich von vornherein gewußt. Tatsächlich ist auch nach der Annahme des Pfund bis auf 105 und darüber gestiegen. Und das einzige greifbare Ergebnis dieser Steuererhöhung war eine neue unheimliche Steigerung der Lebensmittelpreise, durch die Produzenten und Handelskreise diese — künftige — Steuer im voraus auf die breite Konsumentenmasse abzumäzen versucht!

In der allgemeinen Atmosphäre, die diese Frankfatastrophe und ihre Begleiterscheinungen erzeugt hatten, ist es kein Wunder, wenn die Senatsmehrheit für Poincaré so knapp geworden ist, daß er sie als ungenügend für ein Weiterregieren betrachtet. Ist er ja durch die Ereignisse der letzten Tage, insbesondere durch das Schwenden seiner sonst so zuverlässigen und inpopulanten Kammermehrheit zermürbt. Er schien geradezu nach einem Vorwand zu suchen, um „in Schönheit“ abzutreten. Diese Gelegenheit dürfte sich ihm nun geboten haben, wie er sie gar nicht besser erhoffen konnte: erstens ist er, formell genommen, weder gestürzt, noch besiegt; zweitens wäre die Ursache seines Rücktritts nicht eine der großen „nationalen“ Fragen gewesen, als deren Hauptgegner er mit Recht in der ganzen Welt gilt, sondern eine innerpolitische Streitfrage, für die man sich zwar interessieren, nicht aber begeistern kann. Das Odium seines Rücktritts würde, wenigstens vom Standpunkt seiner Freunde aus, auf die Gegner fallen, er dagegen würde immer noch durch einen solchen rechtzeitigen Abgang das Prestige des unbesiegteten, freiwillig scheidenden Staatsmannes genießen. Das ist für einen Mann wie Poincaré, der überhaupt noch nie gestürzt wurde, immer noch besser, als sich der wachsenden Gefahr auszusehen, als Opfer des sinkenden Frankens früher oder später weggesetzt zu werden.

Die Sachverständigenarbeit.

Paris, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der größte Teil der Pariser Presse veröffentlicht auch jetzt noch Mitteilungen über die berrücklichen Beschlüsse der Sachverständigenkomitees. Auf Grund dessen beweisen die amtlichen Stellen darauf, daß bis jetzt noch gar keine endgültigen Beschlüsse gefaßt wurden und die Berichte der Sachverständigen erst bestens in 14 Tagen bis 8 Wochen zu erwarten sind. (Was natürlich die Propagandapresse nicht hindern wird, jeden Tag mehrmals diese Beschlüsse zu „melden“; was liegt auch daran, wenn am nächsten Tag demontiert wird! Red.)

Am Donnerstag setzte der Unterausschuß für die Budgetfragen seine Beratungen fort. Es wurde beschlossen, zunächst vier Sachverständige für Monopolfragen (Tabak, Branntwein usw.), zwei Kranaosen und zwei Italiener, zu hören und erst dann den Bericht über die etwaige Erzielung von Einnahmequellen aus Monopolen abzuschließen.

Das sachliche Ziel.

Zur Politik der Reichstagsfraktion.

Die Einbringung von Aufhebungs- und Abänderungsanträgen zu den auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen durch die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag zeigen, daß die Sozialdemokratie der bekannnten Auffassung der Regierung über die Behandlung ihrer Verordnungen durch den Reichstag nicht teilt. Hierfür sprechen gute Gründe. Das Ermächtigungsgesetz ist damals befristet worden, um dem Reichstage nach seinem Ablauf Gelegenheit zu eigener Stellungnahme zu geben. Sie muß jetzt auch gewährt werden, will man nicht einer unberechtigten und sachlich gefährlichen Diktatur das Wort reden. Die Rücksicht auf die Erhaltung der Stabilität hindert das durchaus nicht. Am allerwenigstens kann diese Rücksicht gegen die Haltung der Sozialdemokratie geltend gemacht werden. Denn eben die Sozialdemokratie war es, die im jahrelangen Kampf gegen die jetzigen Regierungsparteien und die Deutschnationalen für die Stabilisierung der Währung eingetreten ist, und ihr Finanzminister Hilferding war es, der nach der wiederholten Befundung von Stresemann die Grundlagen und Voraussetzungen für sie geschaffen hat.

Es bedarf auch gar keiner besonderen Versicherung, daß die Sozialdemokratie sich auch jetzt bei all ihren Handlungen in erster Linie von dem Ziel, die Stabilität der Wahrung zu erhalten, leiten läßt. Besser als andere Parteien kennt sie die Gefahren der Währungszerrüttung für die wirtschaftliche und politische Stellung der Arbeiterklasse. Das Ziel ihrer Anträge ist deshalb die festere Fundierung der Wahrung, die Förderung der Wirtschaftsgesundheit durch Erhaltung der Arbeitskraft und der Existenzmöglichkeiten der breiten Massen der Bevölkerung, die jetzt durch die Maßnahmen der Regierung und durch den Ansturm der sozialen Reaktion gefährdet sind.

Der Erhaltung der Stabilität der Wahrung dienen vor allen Dingen die sozialdemokratischen Anträge zur dritten Steuernotverordnung. Die Reichsregierung hat im Gegensatz zu dem Beschluß des Fünftehnerausschusses des Reichstages an der Riersteuer festgehalten und die Vermögenszuwachssteuer abgelehnt. Die Riersteuer ist aber nicht nur die unsozialste Steuer, die außer der Inflationssteuer denkbar ist, sondern sie wird auch eine Verhärfung der Wirtschaftskrise bringen und dadurch zur Erschütterung der Wahrung führen können. Eine neue Feuerungswelle droht über Deutschland hereinzubrechen, wenn die von der Regierung beabsichtigte sprunghafte Annäherung an die Goldmieten eintritt. Dadurch aber wird das mühsam hergestellte Gleichgewicht in den Reichsfinanzen schwer erschüttert, zumal die Reichsregierung die durch die fast völlige Enteignung der Papiermarkgläubiger entstehenden Inflationsgewinne der großen Kapitalisten unversteuert lassen will. Die sozialdemokratischen Anträge, die auch dieses Unrecht beseitigen wollen, dienen also der Sicherung der Wahrung und entsprechen zum Teil obendrein noch den Beschlüssen, die der Fünftehnerausschuß gefaßt hat.

Auch von den sozialdemokratischen Anträgen zur Sozialpolitik kann ernsthaft niemand behaupten, daß sie die Stabilität irgendwie gefährden. Gefährdet wäre durch ihre Annahme nur die Vorherrschaft der sozialen Reaktion, die sich jetzt zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft gegen alle nichtkapitalistischen Schichten austobt. Hinzu kommt, daß einzelne der Verordnungen von der Regierung erlassen worden sind, obwohl der Fünftehnerausschuß des Reichstages sich in seiner Mehrheit gegen sie erklärt hat. Das gilt von der Verordnung über den Pachtschutz und über die Krankenversicherung. Bei der Erwerbslosenfürsorge sind alle Verbesserungsanträge, die im Ausschusse eine Mehrheit gefunden hatten, von der Regierung unberücksichtigt gelassen worden.

Auch von den Anträgen zu den Beamtenfragen ist eine Erschütterung der Wahrung nicht zu befürchten. Niemand will die Regierung hindern, den Verwaltungsapparat zu verkleinern und zu verbilligen. Aber die unsoziale Art des Abbaues und die Willkür, die der Bürokratie die Möglichkeit einseitiger Handlungen gibt, können nicht ertragen werden. Daß der Reinstundentag bei Behörden und Staatsbetrieben keine produktiv wirkende Maßnahme ist, haben Länder und Gemeinden durch ihr Festhalten am Achtstundentag bezeugt. Auch ist mehrfach von der Regierung betont worden, daß die Beamtegehälter und Arbeiterlöhne unerträglich niedrig sind und aufgebessert werden müssen. Wenn man sich also gegen die sachliche Erörterung dieser Anträge wendet, so dürfte das kaum anders zu deuten sein, als wenn man die Einlösung der Verpflichtungen auf Erhöhung der Beamtenbezüge auf ferne Zeiten verschoben möchte.

Und nun gar die Rechtsfragen! Wo liegt da die Erschütterung für die Wahrung? Die Ermünger-Verordnungen haben nur eine unerträgliche Gefährdung des Rechtsgefühls hervorgerufen, so daß fast alle juristischen Vereinigungen, zuletzt noch die „Juristische Arbeitsgemeinschaft für Gelehr-

gebungsfragen", die Gesetzmäßigkeit der Verordnung vom 1. Januar verneint haben.

Wenn die Regierung weiter einwendet, daß durch die Anträge der Sozialdemokraten ein Weitauf zwischen den Parteien aus agitatorischen Gründen entstehen würde, so kann das nicht der Sozialdemokratie zur Last gelegt werden. Denn die Anträge, die die Sozialdemokratie jetzt dem Plenum des Reichstages unterbreitet, hat sie auch bei der Beratung der Verordnungen im Fünfhundertauschuss gestellt. Sie hat also den sachlichen Boden nie verlassen und darf verlangen, daß man sie nicht mit den agitatorischen und unsachlichen Geiseln anderer Parteien belastet.

Es sei nochmals festzustellen, daß es der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nur auf das sachliche Ergebnis ihrer Arbeit ankommt. Jeder Weg, der dazu führt, daß den von der Sozialdemokratie im Interesse der Erhaltung der Wahrung, der Beruhigung des Wirtschaftslebens und des Schutzes der Arbeitskraft und der Lebenshaltung der Massen der Bevölkerung gestellten Anträgen entsprochen wird, ist ihr recht. Das Verlangen der Reichsregierung aber nach widerspruchsvoller Hinnahme ihrer unsozial und wirtschaftlich gefährlich wirkenden Verordnungen lehnt sie ab, weil das eine Diktatur ohne Ermächtigung ist, die das Lebensinteresse großer Teile der Bevölkerung der sozialen und politischen Reaktion zum Opfer bringt.

Wird aufgelöst?

Erklärung des Reichsinnenministers Jarres.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ meldet:

Der Reichskanzler hatte am Donnerstag Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien anberaumt, die aber in letzter Stunde abgefragt wurden. Es war geplant, hauptsächlich über die Festlegung des Wahltermins zu beraten. Inzwischen haben die Deutschnationalen dem Reichskanzler ihre Auffassung dahingehend mitgeteilt, die Reichstagswahlen gemeinsam mit den bayerischen Landtagswahlen am 6. April vorzunehmen. Innerhalb der bürgerlichen Parteien besteht keine Neigung, sich diesem Verlangen anzuschließen. Es ist anzunehmen, daß Klarheit über die Frage und die Behandlung der von der Sozialdemokratie gestellten Abänderungsanträge am Freitag in einer Sitzung des Kabinettsausschusses geschaffen wird.

Im Reichsrat gab Innenminister Jarres folgende Erklärung ab:

Wenn die Wahlen stattfinden werden, läßt sich durchaus nicht übersehen. Eine neue Abstimmungsordnung über die Reichstagswahlen wird Ihnen in diesen Tagen zugehen und nach Verständigung im Verfassungsausschuss am nächsten Freitag behandelt werden. Wir halten es für unbedingt notwendig, daß die Vorbereitungen zu den Wahlen so rechtzeitig getroffen werden, daß Länder und Kommunalverwaltungen nicht in Verlegenheit kommen. Daraus haben wir, um allen Eventualitäten vorzubeugen, die Landesregierungen ersucht, die Kommunalverwaltungen aufzufordern, die Wählerlisten so schnell aufzustellen, daß sie spätestens am 23. März auslegungsfähig sind. Ich habe es für richtig gehalten, auch dem Reichsrat davon Kenntnis zu geben, und ich bitte nur, keine verkehrten Schlüsse daraus zu ziehen. Es steht durchaus nicht fest, daß die Wahlen vorzeitig stattfinden, wir haben nur rechtzeitig Vorbereitungen treffen wollen, damit niemand in Verlegenheit kommt. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie in diesem Sinne auch die Landesregierungen in Kenntnis setzen wollten.

Immer neue Verbote.

Anscheinend ist der Kommandeur des Wehrkreises II bemüht, die Aufmerksamkeit der Zensurkommission auf die Waffensunde beim Stahlhelm in Halle und andern Orten zu lenken. Nachdem er das In- und Ausland durch das dreitägige Verbot unserer Parteiblätter in Hamburg und

Rostock alarmiert hatte, lenkt er das Interesse der Öffentlichkeit von neuem durch ein Doppelverbot des „Volkshelms“ in Bergedorf auf die skandalöse Angelegenheit. Unser Bergedorfer Parteiblatt war zunächst auf drei Tage bis zum 21. Februar verboten worden; der Herr, dem das „Vachen links“ auf die Nerven fällt, hat das Verbot nunmehr um weitere fünf Tage bis zum 26. verlängert. Was soll das Ausland davon halten, daß ein untergeordneter Offizier entgegen der Haltung seiner vorgelegten Kommandostellen die Bekanntgabe von verbotenen und staatsgefährlichen Umtrieben mit derartigem Eifer verfolgt?

Die unsoziale Eisenbahn.

Sozialdemokratische Anfragen im Reichstage.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

Wie aus Mitteilungen des Reichsverkehrsministers im ständigen Ausschuss des Reichseisenbahnrats hervorgeht, beabsichtigt die Reichsbahnverwaltung, im Personenverkehr die Tarife in der Weise zu erhöhen, daß die Einnahmen aus dem Personenverkehr ausreichend sind zur Deckung der Selbstkosten dieses Verkehrsweises. Gleichzeitig soll eine erhebliche Ermäßigung der Gütertarife einschließlich der Tierarife durchgeführt werden.

Die damit eingeleitete Tarifpolitik bedeutet eine völlige Abkehr von der bisherigen, die unter Berücksichtigung weitgehender sozialer Aufgaben der Reichsbahn die Personentarife möglichst schonte und die allgemeinen volkswirtschaftlichen Aufgaben durch zweckentsprechende Gestaltung der Gütertarife zu erfüllen strebte.

Die Einnahmesteigerung aus dem Personenverkehr soll durch eine außerordentlich unsozial wirkende und wirtschaftlich gefährliche Erhöhung der Fahrpreise für die 3. und 4. Wagenklasse bei Schonung der 2. und erheblicher Ermäßigung der 1. Wagenklasse erreicht werden. Das bedeutet eine ungesunde Belastung der Rinderbemittelten zugunsten der zahlungsfähigen Bevölkerungsschichten, insbesondere des Berufs- und Barockverkehrs.

- Wir fragen die Reichsregierung:
1. Sollen künftig bei der Gestaltung der Eisenbahntarife soziale Gesichtspunkte nicht mehr berücksichtigt werden?
 2. Wie denkt sich die Reichsregierung die Durchführung der sozialpolitischen Aufgaben, die bisher der Reichsbahn zufielen?
 3. Wie denkt sich die Reichsregierung die weitere Durchführung der Siedlungspolitik ohne die fördernde Mitwirkung der Reichsbahn?
 4. Soll die durch den Lichtbildzwang herbeigeführte schickenswirkende Verkehrserschwerung und Verkehrsverteilung trotz der erheblichen Erregung weiter Bevölkerungsschichten durchgeführt werden?

Um den Ausnahmezustand in Sachsen.

Dresden, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Donnerstagssitzung des Landtags begann mit einer Geschäftsordnungsdebatte über einen deutschnationalen Antrag, der Regierung heißt das Vertrauen abzusprechen, weil sie nichts tue, die Aufhebung des Ausnahmezustandes zum 1. März zu verhindern. Die Kommunisten und Deutschnationalen verlangten eine sofortige Beratung des Antrages. Der kommunistische Abgeordnete Böttcher erklärte, daß es traurig um die Koalitionsregierung bestellt sein müsse, wenn sie nicht den Mut besäße, vom Landtag eine Entscheidung zu verlangen. Ministerpräsident Hefdt erwiderte, daß die Regierungskoalition durchaus nicht brüchig sei, sondern im Gegenteil fester bestände als zu Anfang ihrer Regierungstätigkeit. Das sächsische Kabinett habe aber keine Veranlassung, entscheidend zur Frage des Ausnahmezustandes Stellung zu nehmen, solange die Reichsregierung noch nicht die Frage geklärt habe, was nach dem 1. März werden solle. Das Haus beschloß darauf, den Richtrausensantrag erst in der nächsten Sitzung am 28. Februar zu behandeln.

Bei der Besprechung über die Arbeitszeit für das staatliche Braunkohlenbergwerk Zauerode schickten die beiden Flügel der USPD zum ersten Male je einen Redner vor.

Ludendorff wollte Kanzler werden!

München, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Man erinnert sich, daß Ludendorff wenige Tage vor dem Putsch am 8. November anlässlich einer Gerichtsverhandlung, in der er als Zeuge auftrat, erklärte, eine Beratung auf den 10. November könne für ihn nicht in Betracht kommen, da es für ihn dann Wichtigeres zu tun gäbe. Jetzt erzählt die „Augsburger Postzeitung“ von ihrem Mitarbeiter von Lema, daß Ludendorff bereits im Mai 1922 einem ihm sehr nahestehenden Parteigänger erklärt hat, daß er spätestens im Dezember 1923 deutscher Reichskanzler sein werde. Interessant ist auch, daß Ludendorff schon damals, im Jahre 1922, Bündnisse mit ausländischen Staaten vorbereitete und darüber verhandelte, und zwar Bündnisse mit Ungarn und Rumänien, die vom bolschewistischen Russland unterstützt würden. (1) Alle diese sauberen Dinge erzählt man jetzt aus Rumänien, wo der Mann, mit dem Ludendorff damals im Mai 1922 in Augsburg insgeheim verhandelte, nämlich der General Averescu, von seinen eigenen Parteigenossen juchend bloßgestellt worden ist und auch diese Tatsachen nicht im geringsten abgelehnt hat. Diese Dinge sind um deswillen besonders interessant, weil Ludendorff, wie man hört, im Hilke-Projekt sich wieder darauf hinanzusetzen will, daß er keineswegs als Urheber des Staatsstreiches im Bürgerbräukeller in Betracht komme, sondern sich nur „überprüft von der Größe des Augenblicks“, der nationalen Revolution zur Verfügung gestellt habe.

6. April: Wahltag für Bayern.

München, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Als Ergebnis einer interfraktionellen Vereinbarung wurde zur Donnerstagssitzung des Landtags ein von allen Fraktionen gemeinsam gestellter Antrag auf Auflösung des Landtages eingebracht. Diefem Antrag zufolge, der ohne Debatte einstimmig angenommen wurde, setzt die Regierung die Neuwahlen auf den 6. April fest, wobei sich der jetzige Landtag am 5. April auflöst. Die noch zu erledigenden Arbeiten sind in kürzester Frist abzuschließen. Als Gewähr dafür wird mit dem 21. Februar die Zahlung der Löhne eingestellt. Die an Sitzungen teilnehmenden Abgeordneten erhalten lediglich Tagelöhne. Die Eisenbahnfreifahrten behalten sämtliche Abgeordnete bis einschließlich 5. April. Durch diesen Beschluß wird der erste Teil des Volksbegehrens überflüssig, der nunmehr offiziell von seinen Verfassern zurückgezogen wird. Bisher sind für diesen Teil des Volksbegehrens über eine Million Stimmen gezählt.

Anfange des Auflösungsbeschlusses des Landtages beginnt am Freitag offiziell der Wahlkampf. Im „Staatsanzeiger“ soll eingehend die Wahlverordnung der Regierung veröffentlicht werden, ebenso die Verordnung über die Sicherung der Wahlfreiheit, die am Mittwoch den Fraktionen bekanntgegeben worden ist. Diese Verordnung gestattet die Versammlungsfreiheit, verbietet aber Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel. Flugblätter müssen zur Genehmigung vorgelegt werden, dürfen aber nur verboten werden, wenn sie eine Aufreizung zur Beseitigung der Verfassung enthalten oder wenn sie in ihrem Inhalt eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit darstellen. Dasselbe gilt von der Presse. Die Verbote müssen begründet sein. Das Wesentliche ist, daß die durch die Verordnung vom 26. September 1923 erfolgte Aufhebung der verfassungsmäßigen Grundrechte nicht gilt für Personen, die wahlbar sind, als Wahlwerbende auftreten und sich an der Wahldurchführung beteiligen. Das Verbot der kommunistischen und der nationalsozialistischen Partei wird nicht aufgehoben. Diesen Parteien ist also die Verwendung ihrer ursprünglichen Namen im Wahlkampf nicht gestattet. Im übrigen genießen die Anhänger dieser Parteien die Wahlfreiheiten wie die übrigen Parteien.

Zur Vorbereitung der deutsch-polnischen Verhandlungen in Warschau hat der Vertreter Polens, Dr. Prondyński, dieser Tage mit dem deutschen Ministerialdirektor v. Stodhammer vereinbart, daß die Warschauer Verhandlungen am 27. d. M. beginnen und sich zunächst auf die Fragen der Option, der Reichsbank, der Alters- und Invalidenrenten erstrecken sollen.

Das deutsche Familienblatt.

Von Hans Bauer.

Es hat einen Titel, der klingt traulich und mild wie die Weise einer ausgeklügelten Spielweise: Die „Gartenlaube“, das „Daheim“... Es hat einen Bildkopf, der riecht nach dem Schweiß an den Dien gelehrter Filzspinninnen und nach dem Speichel in Großvaterchens Tabakspfeife... Und es hat einen Inhalt, das deutsche Familienblatt, der schmeckt wie Zichorienkaffee in einer Hindenburgtasse.

Solch ein deutsches Familienblatt bringt auf seiner ersten Seite beispielsweise ein Gruppenbild. Das stellt dar — nu wenn schon! — die Kronprinzen im Kreise seiner Familie. In Schloß Dels. Der Beschriftet erläutert: „Zehn Jahre gab es für ihn kein Familienleben, da ist Schloß Dels nur von einem erfüllt, von dem unsagbaren, fast unsäglich Glück, daß der Kreis nun wieder geschlossen ist... Von seinen Ahnen und seiner Mutter hat der Kronprinz diesen edlen Sinn für das deutsche Haus geerbt.“ Dann kommt ein Bild des Geheimen Kommerzienrates Soundso, der ein glaubensstarker, durch und durch deutscher Mann gewesen sei. Dann wird uns die Großherzogin Marie Adelheid von Luxemburg im Bild gezeigt, von deren Band rühmend gefagt wird, daß eine Abstammung in ihm zugunsten der Monarchie ausgefallen sei. „Germanische Reiter als Werber in Pirna beim sächsischen Gemeindevahlkampf“ (die ein Schild mit sich führen, das auffordert, deutschsozial zu werden) beenden den aktuellen Bilderteil, freilich nicht ohne daß eine Notiz zu diesem Bilde noch feststellte, es mache den Eindruck, als ob die wunderbare Regierungstätigkeit der Herren Zeigner, Wütcher und Genossen diesen von denen die Augen geöffnet habe, die bisher sich blind den sozialistischen Führern anvertrauten. Nun kommen Bilder vom Bobstleichen, eine Aftersaule, ein paar bunte Sachen: Sillleben, Gänsefleisch, Altvaterhausrat, ein entlichlich kitschiger, aber technisch kostspielig und gut reproduzierter Kunstdruck, ein Artikel: Erinnerungen an zwei Kaiserinnen mit Photographie: Kronprinz Friedrich Wilhelm mit Familie (1870), einige Kleinigkeiten und der Roman: Die Europag. Von H. J. von Kobelt.

Wenn der Hitter pfeift und der Stinnes den Achtstundentag aufhebt, so wirken sich da politische Temperamente aus, gegen die politische Worte und Taten ins Feld geführt werden müssen.

Aber an solch einem deutschen Familienblatt ist ja eben das Entscheidende, daß es kein Temperament hat, daß es keine politische Berniertheit nicht im Lobe des Kampfers oder Interessenten, sondern in dem der höheren Lächer vorbringt, daß seine antirepublikanische Meinung nur der Niederschlag seiner vertrockneten Seele ist. Nicht das ist die Freiheit des deutschen Familienblattes, daß es reaktionär ist, sondern daß es diese Gesinnung als Selbstverständlichkeit voraussetzt.

Wir möchten es trotzdem nicht missen, das deutsche Familienblatt. Seine Jahrgänge sind das lebendige Nachschlagewerk eines

kulturellen und politischen Eumuchentums, von dem wir uns nicht belehren, aber berühren lassen wollen.

Bismarcks Annäherungsversuch an Marx.

Im Jahre 1862 war der „rote Republikaner“ August Braß nach Deutschland zurückgekehrt und gründete die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“. Er verkaufte sich dann förmlich an Bismarck. Der „rote Republikaner“ ludie nun unter den alten sozialistischen Demokraten Mitarbeiter für das Bismarck-Blatt zu werben. Er sandte einen Brief an Karl Marx, der folgendermaßen lautete:

Geehrter Herr und Freund!
Darf ich Sie bitten, einliegendes Briefchen an Bismarck gelangen zu lassen? Orges von der Augsburger sagte mir, es ginge ihm nicht zum Besten. Ich frage ihn in dem Briefe, ob es ihm genehm, etwa für meine Zeitung zu arbeiten. Mag unser sonstiger Standpunkt verschieden geworden sein, vom nationalen Standpunkt sollte jeder Deutsche, der's redlich meint, die Politik Bismarcks unterstützen.

Zu allen Gegendiensten bereit stehend ganz der Ihre
Dr. A. Braß.

30. Juli 1864. 217 Friedrichstraße, Berlin.
Braß gab in dem Briefe an Bismarck deutlich zu erkennen, daß sein Herr und Meister bereit sei, sich die Mitarbeit für die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ etwas kosten zu lassen. Marx, der selbst in schweren wirtschaftlichen Bedrängnissen lebte, sollte nämlich folgenden Brief an Bismarck weitergeben:

Alter Freund!
Der Orges von der Augsburger, der mich in diesen Tagen hier besuchte, teilte mir mit daß Sie nicht in den besten Verhältnissen leben. — Wollten Sie mir Korrespondenzen aus England senden? — Oder wollen Sie hierherkommen? Ich kann Ihnen, wenn auch keine brillante doch eine sorgenfreie Existenz anbieten. Ganz der Ihre. Schreiben Sie mir Ihre Adresse, damit wir direkt miteinander verkehren können.

Dr. A. Braß.

30. Juli 1864. 217 Friedrichstraße, Berlin.
Am 5. Oktober 1865 schrieb dann Lothar Bucher, die rechte Hand Bismarcks, an Marx und bat um Beiträge für den „Preussischen Staatsanzeiger“ über die Bewegungen des Geld- und Warenmarktes. „In Betreff des Inhalts“ so schrieb Bucher, „versteht es sich, daß Sie nur Ihrer wissenschaftlichen Ueberzeugung folgen; jedoch würde die Rücksicht auf den Verkaufskreis (hätte France), nicht auf die Redaktion, es ratsam machen, daß Sie den innersten Kern nur eben für den Sachverständigen durchzulesen lassen und Polemik vermeiden.“ Das war ein sehr deutlicher Fingerzeig Buchers.

Marx lehnte selbstverständlich das Angebot Bucher-Bismarcks ab. Als Bismarck 1878 das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie einbrachte, veröffentlichte Marx den Brief Buchers. Die beiden obenstehenden Briefe werden hier der Öffentlichkeit zuerst bekanntgegeben. Daß Marx ablehnte, war schon bekannt.

Jedoch, es bleibt ein Trost der Weltgeschichte. Was Bismarck mit Marx nicht gelang, das gelang Stinnes mit — Bensch.

Der Jungbauer.

„Unser Ziel muß es sein, den Leuten, die in den Dörfen die Internationalen antworten, die Jache vollzuziehen.“
Jungbauer Reuter auf der Landhandlung in Berlin.

Endlich haben wir den Menschen ohne Neurosenierntnack, Den ins Embryonale vereinfachten Januschaer, Er ähnelt fatal einer Kreuzung Edehau-Phylax Und heißt: der Jungbauer.

Sein Ziel: Ohne Anstrengung der Gehirngangszellen, Andersdenkenden die Jache vollzuziehen Und — geipert durch väterlich-schbergische Maulschellen — Deutschland wieder aufzubauen.

Beim Klang der Internationale wird ihm zu Mut, Wie dem Eiser beim Anblick blutroter Tücher, Von Marxismus weiß er, daß ein Marxist ein Jud, (Er liest prinzipiell keine Bücher.)

Doch da er gehört, daß keinem gehamberten Geld Die roten nachstellen, betrachtet leidlich er Als Anführer dieser Kerle und größten Schuft der Welt Den Steuerernehmer.

Kriegsunterernährung blieb ihm — gottlob — gänzlich fremd, Heißhungerig frist er tagsüber zwecks väterlandlicher Ernährung, Rechts in Hofe und Hemd Schleicht er bei die Menschen...
Mich, von Lindenbäden.

„Boris Godunow.“ Mit edler Hingabe an ein edles Werk, mit auferordentlichem Fleiß und bestem Erfolg hat die Bolschewer unserm langgeehrten Bauah die Tat folgen lassen. Diese Tat heißt „Boris Godunow“, Oper von Musorgski. Das mystische Nationalwerk der Russen hat auch uns erstrahlt. Wahrnehmung eines neuen Opernwerks, der Wonne überwindet, primitiv und zugleich impressionistisch, immer podend und original als Musik der russischen Volkslieder. Schühendorff, Gutmann, die Malkin, der Kapellmeister Esztor und die streifen Chöre trugen den wohlverdienten Erfolg herbei, der ein Saisonerfolg bleiben dürfte.
R. E.

Armin I. Wegner, der auf Einladung der Labour Party und einiger englischer sozialistischer Organisationen eine vierwöchige Vortragsreise durch England und Schottland unternommen hat, fand beim Publikum und bei der Presse einen überaus herzlichen Empfang. Ramentlich seine Ausführungen über die deutsche Jugendbewegung wurden mit großem Interesse aufgenommen. Im Anschluß an die Vortragsreise las Wegner auf Einladung Cambridge Studenten und später im „Poetry Bookshop“ in London aus eigenen Werken. Die englischen Zeitungen berichten ausführlich über diese ersten Vorlesungen eines deutschen Dichters nach dem Kriege, und man darf aus der beifälligen Aufnahme, die Wegner gefunden hat, wohl auf einen sich anbahnenden Umchwung in der öffentlichen Meinung Englands schließen.

Eine Führung durch die Neuerwerbungen der Abgammmlung griechischer Bildwerke in der Universitäts- Dorobeschichte, findet Sonntag, den 24. vormittags 11 Uhr, statt. Eintritt 2 M.

Der Skandal.

Kerr's „Gang in die Öffentlichkeit“.

Berlin hat seinen Skandal. Die Erklärung Alfred Kerr's, die wir gestern zugleich mit anderen Berliner Blättern veröffentlichten, hat ungeheures Aufsehen erregt, nicht nur weil Kerr selbst zu den bekanntesten Persönlichkeiten des literarischen Deutschland gehört, sondern noch mehr, weil ganz oder halb eingeweihte Kreise teils wußten, teils errieten, daß die Erklärung gegen keinen anderen zielte, als gegen den Schwiegersohn des Verfassers, nämlich gegen den Staatssekretär im preussischen Staatsministerium Weismann. Dieser war mit dem „hochgestellten, in Epistelfreien lebenden Beamten“ gemeint, und diesem war nachgesagt, er sei „der Hauptinteressent“ des gegen Kerr geplanten Anschlags!

Der Mann, den Kerr als „Unterfruchtgeber“ und „Vetter eines Spielklubs“ bezeichnet, heißt Anton Fischer, er soll nach dem „8-Uhr-Abendblatt“ mit dem ehemaligen Berliner Kommandanten während der Revolution identisch sein. Anton Fischer verbreitet nun durch seinen Anwalt, Justizrat Dr. Werthauer, eine Erklärung, in der er sagt, in gesellschaftlichem Kreis habe man sich über Kerr's Kritiken mißfällig geäußert und dabei gesagt, daß Kerr „ein paar Dörflchen“ verdiene. Fischer habe „in frohlicher Stimmung“ erklärt, er werde, daß er diese Sache durchführe, und habe später einem gewissen Hermes den Auftrag gegeben, Kerr gelegentlich ein paar Dörflchen zu verabfolgen. Hermes habe nach ein paar Wochen, statt den Auftrag selbst auszuführen, einem arbeitslosen jungen Mann gesagt, er könne sich etwas verdienen, wenn er Kerr tätlich angreife. Dieser junge Mann habe es aber schließlich vorgezogen, Kerr die Angelegenheit mitzuteilen. Mit der Kritik, die Kerr an der Schauspielerin Niffon geübt habe, habe die ganze Sache nichts zu tun. Weiter wird in der Erklärung gesagt, der Schwiegersohn Kerr's, Staatssekretär Weismann, habe mit dieser Geschichte nichts zu tun, die scheinbar deshalb in dieser Form in die Öffentlichkeit gebracht worden sei, weil Kerr mit seinem Schwiegersohn „irgendwelche Schwierigkeiten“ hatte.

Soweit die Erklärung Fischers. Er — und mit ihm ein Teil der Presse — verliert es als eine Belanglosigkeit hinzustellen, wenn ein Komdo gemietet wird, um einen Kritiker wegen seiner publizistischen Tätigkeit körperlich zu mißhandeln. Wir können diese Auffassung nicht teilen, sondern müssen sie als Ausdruck einer verächtlichen Gesinnung verurteilen. Und wenn Fischer triumphierend versichert, man könne ihn strafrechtlich nicht bekommen, so wollen wir die Entscheidung darüber den Behörden überlassen, meinen aber, daß höchstens infolge einer bedauerlichen Lücke des Gesetzes ein solches Beginnen straffrei bleiben könnte.

Die Beschuldigungen, die Kerr gegen seinen Schwiegersohn erhebt, weisen auf sehr trübe Verhältnisse in der Familie Kerr-Weismann hin. Daß ein so hoher Staatsrat wie Herr Weismann von einer ihm familiär nahestehenden Persönlichkeit öffentlich eines durchaus nicht einwandfreien Verhaltens bezichtigt wird, ist ein Fall, zu tragen peinlich. Hat Kerr diese Beschuldigungen leichtfertig erhoben, so ist das unverzeihlich. Bleibt davon etwas an Herrn Weismann hängen, dann ist sein Rücktritt aus dem öffentlichen Leben unvermeidlich.

Bestechungsgelder der Industrie.

Wie in Bayern der Wahlkampf geführt wird.

München, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der sogenannte günstige Wind weht der Redaktion der „Münchener Post“ ein für den Wahlkampf wichtiges Schriftstück auf den Redaktionstisch. Es ist dies ein Rundschreiben an die Mitglieder des Bayerischen Industriellen-Verbandes, der von dem sauberen Dr. Kuhlo, dem bewährten Freund Hilters, geleitet wird. Hierin wird zunächst auf die Bedeutung der Wahlen hingewiesen und mitgeteilt, daß sich innerhalb des Verbandes ein sechsgliedriger Ausschuss zur Vorbereitung der Wahlen gebildet habe, der zur Erwinnung von Einfluß auf die einzelnen Parteien von den Mitgliedern des Verbandes nunmehr einen einmaligen Wahlbeitrag fordert. Der Ausschuss rechnet mit Sicherheit darauf, daß sich keines der Mitglieder dieser Pflicht entziehen wird, weil wir nur so in der Lage sein werden, für eine würdige Vertretung der industriellen Interessen im neuen Landtag eintreten zu können. Die Gelder werden nur solchen Parteien zugeführt, welche auf dem Boden der bürgerlichen Wirtschaftsordnung stehen und bereit sind, industrielle Kandidaten zu nominieren.“ Bezeichnend an diesem Dokument ist vor allem die brutale Selbstverständlichkeit, mit der die Industriellen voraussetzen, daß die bürgerlichen Parteien samt und sonders käuflich sind. Das ist wohl mehr als alle andere geeignet, den bayerischen Wählern, insbesondere den Arbeitnehmern, die Augen darüber zu öffnen, mit welchen Mitteln man im bürgerlichen Lager den Wahlkampf zu führen gedenkt.

Meißen, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der deutsche nationale Professor Schellenberger, Lehrer an der Landwirtschaftlichen Schule, ist wegen Anstiftung und Mittäterschaft bei Verurteilung, Einkommen- und Umsatzsteuer zu hinterziehen, mit der zulässigen Höchststrafe belegt worden. Schellenberger ist Leiter der Auskunftsstelle für Steuerberatung des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins. Herr Schellenberger dürfte trotzdem noch vor von den Deutschnationalen in der Liste der „nationalen“ Männer weitergeführt werden.

Das Beamtenrätegesetz.

Der 23. Ausschuss des Reichstags beschäftigte sich am Donnerstag mit der Weiterberatung des Beamtenrätegesetzes. Nachdem die Sozialdemokratie, die SPD, und die Deutsche Volkspartei bereits vor Monaten ihre Bereitwilligkeit zur Weiterberatung des Gesetzes dem Vorstehenden schriftlich mitgeteilt hatten, erklärten sämtliche andere Parteien erst am Mittwoch in der Ausschussung diese Bereitwilligkeit. Das Zentrum knüpfte daran noch die Bedingung, daß die Beschlüsse der zweiten Lesung sollen gelassen werden und zur ursprünglichen Regierungsvorlage zurückgeführt werden. Für die Regierung erklärte Ministerialdirektor Dr. Falla, daß für das Kabinett bisher keine Ursache vorgelegen habe, sich mit der Weiterberatung des betr. Gesetzes zu befassen, da auf das Memorandum der Reichsregierung bei dieser noch keine Stellungnahme der Vorsitzenden eingegangen sei. Auch hätten die Beamtenorganisationen, trotzdem sie inzwischen mehrfache Ausdrücke der Reichsregierung hatten, einen Wunsch auf Weiterberatung der Vorlage nie zu erkennen gegeben. Gegen diese Auffassung wurde von den Vertretern der Sozialdemokratie schärfste Verwahrung eingelegt. Es sei von den Fraktionen lebhaft die Erklärung verlangt worden, ob sie zur Weiterberatung bereit seien. Diese Erklärung hatte die Sozialdemokratie abgegeben. Die Antwort der Fraktion auf das Memorandum könne nur durch eine Erklärung im Reichstagsausschuss, nicht aber durch eine Benachrichtigung der Regierung erfolgen. Im übrigen sei es verfehlt, die Beamtenorganisationen für die Pässigkeit der Regierung verantwortlich zu machen. Wäre man dem Vorlass der Sozialdemokratie, am Schluß der zweiten Lesung ohne Rücksicht auf die Stellung der Reichsregierung sofort in die dritte Lesung einzutreten, gefolgt, dann wäre die Frage heute längst erledigt. Das hätten jedoch die bürgerlichen Parteien abgelehnt. Ministerialdirektor Dr. Falla erklärte daraufhin, daß die Regierung sich nunmehr mit der Frage

Die Pfalzinterpellation.

Auf der gestrigen Tagesordnung des Reichstags stand die gemeinsame Interpellation des Zentrums, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zur Pfalzfrage, die demokratische Pfalz-Interpellation und der deutschnationalen Antrag auf Strafverfolgung der Separatisten.

Zur Beantwortung der Interpellationen nimmt der Reichsminister für die besetzten Gebiete das Wort.

Minister Dr. Hoefle:

Schon bei der Begründung der Interpellation haben die Redner durchschlagendes Beweismaterial für den engen Zusammenhang zwischen der französischen Politik und der separatistischen Bewegung beigebracht. Der Separatismus als solcher dürfte im Rheinland endgültig erledigt sein; aber es hat den Anschein, als ob die Franzosen andere Mittel suchen, um ihr Ziel, das auf dem Wege des Separatismus nicht erreicht werden konnte, auf anderen Wegen zu erreichen. (Hört, hört!) Die Besetzungstruppe, der 120 000 farbige Soldaten angehören, hat auf die Bevölkerung an Rhein und Ruhr einen unerträglichen Druck gelegt. 140 000 Ausgewiesene dürfen noch immer nicht zurückkehren (hört, hört!), die 1500 Gefangenen sind noch immer nicht befreit. (Hört, hört!) Trotz dieser Bedrückung hat die Besetzungstruppe ihr Ziel nicht erreicht, darum versuchte sie es mit dem Separatismus. Der Separatismus war nur möglich, gestützt auf die französischen Bojoneure. (Lebhafte Zustimmung.) Die Förderung der separatistischen Bewegung durch die Franzosen läßt sich auch durch die Erklärungen des Generals de Reg nicht aus der Welt schaffen. — Als der Minister dessen Erklärungen verliest, kommen lebhafteste Rufe: „Unerschämte Lügen!“ — Minister Dr. Hoefle fährt fort: Den separatistischen Hochverrätern konnten die deutschen Gerichte nicht beikommen, weil die Rheinland-Kommission ihre schützende Hand über sie deckte. Dann wurde die deutsche Polizei entworfen. Diese Polizei hätte genügt, um in einer Nacht dem ganzen Separatismus ein Ende zu machen. Trotz aller dieser Unterstützung der Separatisten durch die Franzosen wurde mit den Separatisten aufgeräumt durch das einmütige Zusammenstehen der Deutschen in der Pfalz. Wir schulden wärmsten Dank den Führern der politischen Parteien und der Gewerkschaften aller Richtungen, den Geistlichen aller Konfessionen und ganz besonders dem Bischof von Speyer. (Beifall.) Gebrieben ist eine

Schwere Störung der Verwaltung und allgemeinen Wohlfahrt.

Wir wünschen eine schnelle und gerechte Lösung der Reparationsfrage. Die hat aber zur Voraussetzung die Wiederherstellung der Einheit des deutschen Wirtschaftslebens, der deutschen Verkehrseinheit, der deutschen Verwaltung und des freien Verfügungsrechts des Deutschen Reiches über alle seine Wirtschaftsgebiete. (Beifall.) Die von manchen Seiten gemänte Einstellung der Besatzungstruppe würde nur neues Elend über die Bevölkerung des besetzten Gebiets bringen. Auf die Dauer ist die Zahlung der Besatzungskosten im jetzigen Ausmaß nicht möglich, aber im gegenwärtigen Augenblick sehe ich keine Möglichkeit, sie einzustellen. Die Regierung hat beschlossen, die ausgewiesenen Privatpersonen in derselben Weise zu unterstützen, wie die ausgewiesenen Beamten der Berufsgruppen 5, 8 und 11. Die Regierung wird nicht erlahmen, mit allen Kräften auf eine Wiedergutmachung des der rheinischen Bevölkerung zugefügten Unrechts hinzuwirken. (Lebhafte Beifall.)

Reichsjustizminister Emminger bittet, den Antrag der Deutschnationalen dem Rechtsausschuss zu überweisen. So verständig der Grundgedanke des Antrags sei, so bedeute er eine so tiefgehende Umgestaltung des Rechtsrechts, daß keine nähere Prüfung zweckmäßig dem Ausschuss überlassen bleiben sollte.

Das Haus beschließt die Besprechung der Interpellationen.

Abg. Ged. Mannheim (Soz.)

betont die nationale Einigkeit in diesem Abwehrkampf. Das werde seine Wirkung auf den Zustand nicht verfehlen. Leider aber versuchen wieder manche Kreise, aus dieser nationalen Einstellung ihre kleinen Vorteile zu ziehen. Die nationalpolitischen Rundgebungen auch der bayerischen Regierung hätten den rheinischen Separatismus wesentlich gestärkt. Aber an eine Loslösung der Pfalz vom Reich denke keine große Partei. Allerdings sei der Pariser Vertrag verächtlich, da die bayerische Regierung und Presse ihre Verdächtigungen gegen die Sozialdemokratie aus innenpolitischen Gründen immer wiederholen, obwohl die Sozialdemokratische Partei der Pfalz mehrmals erklärt habe, daß sie an eine Loslösung nicht denke. (Unruhe rechts.) Und diese Aktion der Partei habe endlich auch den Franzosen gegenüber Erfolg gehabt. (Abg. Hefflerich (dnat.): Jurid! Du rettest den Freund nicht mehr! — Erregte Zurufe bei den Soz.) Können man sich eine wirksamere Unterstützung des Separatismus

ebenfalls weite befohlen werde, nachdem die Stellungnahme der Parteien vorläge. Allerdings mühten auch die Länder in erneute Beratungen einzutreten. Beschlossen wurde, die Beratungen aufzunehmen, sobald sich die Geschäftstage des Reichstags in der kommenden Woche übersetzen läßt.

Überall soziale Reaktion.

Die Reichsregierung hat in diesen Tagen mitgeteilt, daß ab 29. März den Beamten nicht wie bisher die Hälfte ihres Gehalts, sondern zwei Drittel als Versuch gezahlt werden. Begründet wird diese Maßnahme damit, daß in der ersten Monatshälfte die Ausgaben infolge der Mietsteuern erheblich höher sind als in der zweiten. In der letzten Nummer des Reichsbesoldungsblattes wird klar ausgesprochen, daß die Regelung nur für die Beamten gilt, daß aber die Angestellten wie bisher nur die Hälfte des Gehalts vorkaufweise erhalten. Wir sind neugierig, zu erfahren, ob die Reichsregierung der Meinung ist, daß die höheren Ausgaben nur bei den Beamten, nicht aber bei den Angestellten in der ersten Monatshälfte vorliegen.

Der Achstundentag.

Englische Initiative — Genfer Bedenken.

Genf, 21. Februar. (WIB.) Wie hier bekannt wird, beschäftigt die englische Regierung am 21. März eine internationale Konferenz über die Frage des Achstundentages einzuberufen. In Kreisen des Internationalen Arbeitsamtes löst dieser Plan jedoch auf starke Bedenken, da nicht eine Regierungskonferenz, sondern nur eine sachungsgemäße internationale Arbeitskonferenz mit Vertretern der Regierungen, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer für die Neuregelung der durch das Washingtoner Abkommen geregelten Frage des Achstundentages zuständig sei. Auch heißt es, daß eine andere Großmacht den Plan einer solchen Konferenz bekämpfen würde. Der stellvertretende Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Butler, hat sich gestern in Abwesenheit des gegenwärtig in Warschau weilenden Direktors Thomas nach London begeben, um mit der englischen Regierung über diese Fragen zu verhandeln. In unterrichteten Kreisen gilt es als nicht ausgeschlossen, daß immerhin eine Regierungskonferenz in engem Rahmen dadurch ermöglicht wird, daß man an den kürzlich beschlossenen Oesterreich der bedingten Ratifizierung des Washingtoner Abkommens betreffend den Achstundentag anknüpft. Oesterreich hat sich zur Ratifizierung bereit erklärt, falls auch ein be-

denken als die Münchener Vorgänge des 9. November und der folgenden Tage? In dieser Lage habe sich die Sozialdemokratische Partei für die Loslösung von Bayern eingesetzt, aber niemals für diejenige vom Reich. Und als französische Offiziere dies unbedeutend wolle, habe die Partei sofort die ganze Aktion aufgegeben. An den solchen Verdächtigungen sei überhaupt nur die Ungeschicklichkeit des Generals de Reg schuld gewesen. Die Demonstrationen gegen den französischen Separatismus seien übrigens erst durch die Beteiligung der sozialdemokratischen Arbeiter eindrucksvoll geworden. Durch die nationalistische Bewegung in Bayern sind die Hoffnungen der Separatisten gestärkt worden. Es war eine ungeheure Verleumdung, daß Herr Hoffmann-Kaiserlautern mit den Franzosen über eine Abtretung des pfälzischen Gebiets verhandelt haben soll. Hinter dieser Behauptung standen

auch offizielle Kreise Bayerns,

wenn auch Herr v. Knilling selbst nicht damit hervorgetreten ist. Herr Hoffmann hat vollkommen klar gestellt, daß seine Aktion am 24. Oktober 1923 nur den Zweck hatte, durch eine autonome Pfalz innerhalb des Reichs einen Erfolg der Separatisten unmöglich zu machen. Die Sozialdemokraten der Pfalz haben in wiederholten Erklärungen festgestellt, daß sie, unbeeinträchtigt von irgendwelchen Anweisungen aus München oder Berlin, aus eigener Entscheidung die Separatisten entschieden ablehnen.

Die Sozialdemokratische Partei hat seit dem Waffenstillstand ungetreue Leiden zu tragen gehabt, in dem Abwehrkampf gegen die Franzosen aber sie hat sich immer als eine zuverlässige Stütze der deutschen Sache erwiesen. Die Sozialdemokratie steht fern vom Reich, aber auch fern von Republik. Die Pfalzfrage können unsere Gegner nicht zu Vorteil ausnützen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Japs (Dsp.). Die Leiden der Pfalz sind nur ein Ausschnitt aus den Leiden ganz Deutschlands. Die Ursache liegt in dem Versaillesvertrag. Deutschland steht wehrlos Frankreich gegenüber.

Abg. Dr. Hefflerich (Dnat.): Der Silberstreifen am Horizont, von dem der Außenminister sprach, ist gerade in der treuen deutschen Pfalz zu sehen, wo sich die Bevölkerung tapfer von der Göttergötter des Separatismus befreit hat. Aber wir dürfen uns keiner Selbsttäuschung hingeben, das Schwert steht der Pfalz und dem Deutschen Reich noch bevor. Unser Volk muß jetzt die Mahnung beherzigen: Lerne aus der Vergangenheit, dann wirst Du der Zukunft gewachsen sein. Nach dem Waffenstillstandsvertrag von 1918 sollten am Rhein

„einige strategische Punkte“ besetzt werden. Daraus sind im besetzten Gebiet noch vor der Ruhrbesetzung 228 alliierte Garnisonen geworden. (Hört, hört!) Vor dem Kriege standen in dem jetzt besetzten Gebiet kaum 70 000 deutsche Soldaten. Jetzt stehen dort mehr als 180 000 feindliche Soldaten. (Hört, hört!) So ist schon vor dem Separatismus das Rheinland von oben bis unten zerrissen worden. (Lebhafte Zustimmung.) Die Methode der Passivität, die die früheren Regierungen diesen französischen Rechtsbrüchen gegenüber anwandten, wird von meinen Freunden nicht gebilligt. Wir müssen aktiv den Kampf um das Recht führen. So lange Deutschland sich noch seiner ausländischen Bedrücker erwehren muß, spielt für uns die Frage Monarchie oder Republik keine Rolle, wie vertrieben unser Vaterland, wie es ist. (Lebhafte Beifall.) Die Vorgänge in der Pfalz müssen der ganzen Welt zeigen, was das Versailles Diktat in den Händen Frankreichs bedeutet, daß nicht Frankreich, sondern Deutschland einen heiligen Anspruch hat auf Sicherheit gegen die infamste Vergewaltigung aller Menschenrechte. (Beifall.) Das System der Okkupation muß verschwinden, und es wird verschwinden, wenn jeder Deutsche seine Schuldigkeit so tut, wie es die Pfälzer getan haben. Wir wollen keine Ketten, auch nicht die goldenen Ketten des internationalen Finanzkapitals. Wir wollen nicht den Schein der Freiheit, sondern die Freiheit selbst. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Gerstenberger (Bayr. Vp.) warnt vor den Bestrebungen, auch im Rahmen des Reiches die Pfalz von Bayern zu lösen. Bayern und die Pfalz gehören untrennbar zusammen.

Am Regierungstisch sind während der Aussprache neben dem Reichskanzler und Außenminister auch die übrigen Mitglieder des Kabinetts erschienen.

Abg. Frau Pfall (Soz.):

Ich habe mich zum Wort gemeldet, damit in der Welt nicht der Eindruck entsteht, daß die deutschen Frauen ohne Widerspruch eine Rede hinnähmen, die so von Hoff gegen das französische Volk erfüllt war, wie die des Abg. Dr. Hefflerich. Wir müssen scharf trennen zwischen der französischen Regierung und dem französischen Volk, mit dem wir in Frieden leben wollen. Wir hoffen, daß das französische Volk seine Regierung zur Ordnung ruft. Sonst könnte der Tag kommen, wo Dr. Hefflerich mit seiner Fahrede im deutschen Volk mehr Verständnis findet als zur gegenwärtigen Stunde. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach Ausführungen des Abg. Thomas (Komm.) verließ sich das Haus um 6 Uhr auf Freitag, 2 Uhr. (Weiterberatung.)

Nimmte andere Staaten das Abkommen ratifizieren. Die Regierungskonferenz würde damit, so heißt es, eine Konferenz dieser Art Staaten werden.

Kriegsschiffbau gegen Arbeitslosigkeit.

London, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im Unterhaus erklärte heute der Unterstaatssekretär der Admiraltät, Ammon, bezüglich des von der früheren Regierung zur Hebung der Arbeitslosigkeit geplanten Baues von sechs bis acht leichten Kreuzern, daß die neue Regierung den Bau von fünf solchen Kreuzern so bald wie möglich in Angriff nehmen lassen würde.

London, 21. Februar. (WIB.) Die Erklärung Ammons wurde auf einigen Bänken der Arbeiterpartei ebenso mit Protestrufen aufgenommen, wie die vorhergehende Erklärung, wonach die Regierung 800 Militärflugzeuge bauen lassen werde. Man hörte den Ausruf: „Es ist ein Schand!“

Der Militarismus vom Rhein.

Französische Kasernen auf deutsche Kosten.

Während im allgemeinen bei den internationalen Mächten ein gewisses Verständnis für das deutsche Finanzelend zu werden scheint, läßt die französische Besatzung im Rheinland unentwegt fort, neue kostspielige, die deutschen Sanierungsabsichten durchkreuzende Forderungen zu stellen. So hat sie neuerdings wiederum eine auf mehr als 600 000 Goldmark veranschlagte Kasernen für schwere Artillerie auf dem Voerlapp in Bonn gefordert, obwohl die ausgebildete Interkontinentale in Frage kommenden Artilleriegruppe noch als durchaus genügend angesehen werden muß.

Aus Saar-Dahomey.

Die Saarbevölkerung, vom Völkerbund theoretisch und von Frankreichs Beauftragten praktisch regiert, hat ungeduldet die Rechte der Bewohner einer Tropenkolonie Frankreichs. Das Parlament, der „Landesrat“, hat nur beratende Stimme. Selbst auf die Ernennung des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission hat das Saarvolk nicht den geringsten Einfluß. Jetzt haben die deutsch-saarländische Volkspartei, das Zentrum und die Sozialdemokratie dem Völkerbundtat um Eindämmung des Vorkriegsrechts zur Wahl dieses saarländischen Regierungsmitgliedes und darum erludt, der Völkerbundrat möge vor allen Entscheidungen über Saarfragen diesen vom Saarvolk zu wählenden Vertreter hören.

Gewerkschaftsbewegung

Reichsarbeitsministerium und Tarifbrüche.

Man schreibt uns:
 Im Berliner Zeitungsgewerbe sind die Unternehmer tarifbrüchig geworden. Obwohl der bis zum 30. Juni d. J. laufende Manteltarif den § 2 als seinen wesentlichen Bestandteil den Gehalts-tarif festsetzt, haben die Zeitungsgewerbetreibenden hinter dem Rücken der Gewerkschaften zu Einzelverträgen gezwungen. Die Angestellten verließen, durch ihre Gewerkschaften zu einer tariflichen Regelung zu kommen. Unter dem Vorwand des Schlichters Bissell wurde ein Schlichterspruch gefällt, der Dezembergehälter festlegte. Die Gehaltsfrage bewegte sich in den Gruppen zwischen 70 bis 200 M. Die Arbeitgeber lehnten diesen Schlichterspruch jedoch ab. Nicht etwa, weil die Gehaltsfrage zu hoch waren, sondern weil sie eine tarifliche Regelung überhaupt nicht mehr wollten. Am 28. Januar fanden Verhandlungen wegen der Verbindlichkeitsklärung im Reichsarbeitsministerium statt. Einige Tage zuvor (23. Januar) erschien im „Zeitungsvorläufer“ (herausgegeben vom Verein Deutscher Zeitungsvorleger) unter „Arbeitgeberfragen“ ein Artikel „Das Ende eines Angestelltengehaltstarifs“. Der Schlußsatz dieses Artikels lautet folgendermaßen: „Die tarifliche Festsetzung der Gehälter für die Angestellten im Berliner Zeitungsgewerbe hat demnach mit dem 30. November 1923 gedeutet.“

Dieser Artikel hat selbstverständlich in den Arbeitgeberkreisen Aufsehen erregt. Die Arbeitgeber des Zeitungsgewerbes im ganzen Reich bemühen sich, dem Beispiel des Tarifbruchs zu folgen. Allgemein liegen Klagen vor, daß die Zeitungsgewerbetreibenden im Reich trotz bestehender Manteltarife es ablehnen, weiterhin Gehaltstarife mit den Angestelltenorganisationen abzuschließen. Der Verein Berliner Buchdruckereibesitzer antwortete auf eine Frage der Gewerkschaften bezüglich des Verhandlungsverfahrens über die Regelung der Januargehälter wie folgt: „Wir teilen Ihnen hierdurch ergebenst mit, daß wir auf eine Verhandlung über die Höhe der Januargehälter verzichten. Wir haben unseren Mitgliedern empfohlen, ebenso wie es die Zeitungsvorleger bereits getan haben, freie Verträge mit ihren Angestellten abzuschließen.“

Trotzdem nun dem Reichsarbeitsministerium all dies bekannt sein mußte und auch die Arbeitgeber in der Verhandlung am 25. Januar durchblicken ließen, daß nicht die Höhe der Gehälter des Schlichterspruchs für ihren Antrag auf Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung des Schlichterspruchs maßgebend sei, sondern sie vielmehr vom Tarifvertrag loskommen wollten, steht die Verbindlichkeitsklärung des Schlichterspruchs bis heute noch aus. Aus dem Vorhergesagten ist eigentlich für jeden klar, daß hier ein öffentliches Interesse vorliegt. Die Nichtverbindlichkeitsklärung des Schlichterspruchs würde eine Sanktionierung des Tarifbruchs auch für alle kommenden Fälle bedeuten. Wird sich das Reichsarbeitsministerium auch dazu hergeben?

Die Arbeitszeit der Berliner Metallangestellten.

Die freien Angestellten gegen die „Gewerkschaftspartei“.

In einer KZ-Funktionärerversammlung der Angestellten der Berliner Metallindustrie am Mittwochabend berichtet K. R. v. B. über die durch die Ablehnung der beantragten Verbindlichkeitsklärung eine tarifvertragliche Vereinbarung über die Regelung der Arbeitszeit besteht somit für die im UFA-Bund und im GdL organisierten Angestellten in der Metallindustrie nicht. Die sich hieraus ergebende Rechtslage ist in einem Flugblatt, das in der Versammlung und in den Betrieben zur Verteilung kommt, eingehend erörtert. Es muß von allen in den UFA-Gewerkschaften organisierten Angestellten erwartet werden, daß sie die darin angegebenen Richtlinien strengstens befolgen. Eine auf Antrag des GdL am Mittwoch, den 20. Februar, stattgefundene Verhandlung über die Festsetzung der Februargehälter scheiterte, soweit der UFA-Bund und der GdL in Frage kamen, weil die Voraussetzung für eine Einigung über diesen Punkt die Anerkennung des GdL-Abkommens sei. Die im UFA-Bund zusammengeschlossenen Verbände haben ebenso wie der GdL diese Bedingungen abgelehnt und die Verhandlung verlassen. Die UFA-Verbände ziehen einen vertragslosen Zustand einer Vereinbarung auf Basis des GdL-Abkommens vor, auch auf die Gefahr hin, daß sie auf die Festlegung der Februargehälter auf dem Verhandlungswege zunächst keinen Einfluß haben. Das UFA-Metallartel wird sich mit der Frage beschäftigen, in welcher Weise die Bezüge für den Monat Februar trotz der bestehenden Differenzen in der Arbeitszeitfrage geregelt werden sollen.

In Beantwortung einer aus der Versammlung gestellten Anfrage stellte Günther vom UFA fest, daß der Vorstand des UFA mit der Gründung einer neuen „Arbeitnehmerpartei“ offiziell nichts zu tun hat. Die Unterschrift einiger Vorstandsmitglieder und Sekretäre unter einem diesbezüglichen Aufruf sei deren Privatangelegenheit. Die Stellung jedes freien Gewerkschafters zu dieser Partei ergebe sich klar dadurch, daß diese „Gewerkschaftspartei“ ein Sammelsurium von Leuten aller möglichen Gewerkschaftsrichtungen darstelle, deren Programm den freien Klassenkampfstandpunkt der freien Gewerkschaften ablehne. Die Versammlung machte einstimmig sich diese Auffassung zu eigen durch einstimmige Annahme einer entsprechenden Resolution.

Streik der Mühlenarbeiter.

Seit Ende November des Vorjahres haben auch die Berliner Mühlenarbeiter die Parole des Lohnabbaus in die Praxis umgesetzt. Nach und nach sind die Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen um zwei Drittel des Lohnes, der im November 1923 gezahlt wurde, vermindert worden. Am Montag fanden wieder Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß unter dem Vorsitz des Gewerberat Körner statt. Auch hier wurde wieder ein Schlichterspruch gefällt, der einen weiteren Abbau der Löhne nach sich zog.

Dieser Schlichterspruch wurde in der Volkerversammlung der Mühlenarbeiter, die am Mittwoch stattfand, einstimmig abgelehnt und gleichzeitig beschlossen, eine Urabstimmung in den Betrieben vorzunehmen. In der Urabstimmung wurde fast einstimmig beschlossen, die Arbeit niederzuliegen. Nachdem die Unternehmer es ablehnten, vorher nochmals zu verhandeln, erfolgte gestern abend 10 Uhr die Niederlegung der Arbeit.

Wenn man weiß, mit welchen Gewinnen die Berliner Mühlenarbeiter arbeiten, dann wird man die fortgesetzte, schließlich unersättlich angewachsene Kürzung der Löhne um so mehr verurteilen.

Drohender Streik der Tapezierer.

Im Tapezierergewerbe ging eine Vereinbarung, die 60 Pf. Stundenlohn vorsah, bis zum 1. Februar. Eine Kündigung erfolgte von keiner Partei, so daß nach geltendem Recht das Lohnabkommen weiter Geltung haben dürfte. Die Unternehmer gaben aber in unverbindlichen Besprechungen, in denen die Tapezierervertreter eine Lohnhöhung forderten, ihrer Auffassung dahingehend Ausdruck, daß die Geschäftslage eine Reduzierung der Löhne erfordere. Später teilten sie dann mit, daß sie für die erste Hälfte des Februar einen Lohn von 56 Pf. für angemessen hielten. Irgendwelche Verhandlungen lehnten sie ab. Der Verband rief nunmehr den Schlichtungsausschuß an und begründete dort seine Forderung auf Lohn-erhöhung von 20 Proz. Gewerberat Körner machte die Unternehmer auf ihre jede Rechtsgrundlage entbehrende Handlung aufmerksam; eine Einigung kam nicht zu Stande, so daß ein Termin vor der Schlichtungskammer unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Töftl anberaumt wurde. Es kam ein Spruch heraus, der mit rückwirkender Kraft eine Herabsetzung des Lohnes vom 2. bis 15. Februar auf 58 Pf. und bis zum Ende Februar auf 57 Pf. brachte.

In einer Tapezierererversammlung beauftragte Müller vom Saktler- und Tapeziererverband dieses Ergebnis als einen Fehl-spruch. Es sei in der Spruchpraxis der Schlichtungsausschüsse kein Fall zu verzeichnen, daß eine Kündigung eines Lohnabkommens ein Schlichterspruch den Lohn drei Wochen rückwirkend fürzt. Die Versammlung lehnte ohne Diskussion den Spruch ab und beschloß ferner, heute, Freitag, in allen Betrieben die Forderung auf eine zehnprozentige Lohnhöhung einzulegen. Eine Tapezierererversammlung am Sonntag wird weitere Schritte beschließen.

Lohnkampf in der Seifenindustrie.

Auch die Seifenfabrikanten machen den Versuch, den Lohn der Seifenarbeiter, der zurzeit nur 0,45 M. für den männlichen Voll-arbeiter beträgt, noch mehr abzubauen. Die Arbeiterschaft dieser Industriebranche stellte, weil der Lohn für eine Arbeiterfamilie un-auskömmlich ist, eine Forderung auf Erhöhung des Lohnes. Diese Forderung wurde damit beantwortet, daß die Arbeitgeber erklärten, statt 0,45 M. nur noch 0,40 M. pro Stunde zahlen zu können! Die Seifenfabrikanten führen Klage darüber, daß neuerdings Toilet-tenseife aus Amerika eingeführt wird, die bedeutend billiger zum Verkauf gelangt als deutsche Fabrikate, und deshalb die hohen Löhne herabgesetzt werden müssen. Der Lohn des Seifenarbeiters in den Vereinigten Staaten (New York) beträgt 54 Cents, nach unserem Gelde 2,25 Goldmark pro Stunde, in achteinähriger Arbeitszeit 4,50 Dollar = 18,00 Goldmark täglich. Daraus ergibt sich, daß es nicht die hohen Löhne der Arbeiter sind, die das Fertigprodukt verteuern, sondern andere Faktoren dazu beitragen.

Die Funktionäre der Seifenindustrie, die am Dienstag abend im Versammlungslokal des Fabrikarbeiterverbandes zur Entgeg-nahme des Berichtes über die Lohnverhandlungen anwesend waren, erklärten, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen alle Mittel anzuwenden werden, um auskömmliche Löhne für die Seifenarbeiter zu erhalten.

Arbeiter der chemischen Industrie!

Das Haupttarifamt Chemikie fällt unter dem 19. Februar 1924 folgenden endgültigen Schlichterspruch: Die derzeitigen Löhne werden bis zum Dienstag, den 25. März, einstimmig befristet. Ueber die Punkte 3 und 4 soll durch unmittelbare Verhandlung zwischen den Parteien eine Klärung herbeigeführt werden. Zu 3. Lohnabbau in der Gummiindustrie, soll noch weiter verhandelt werden; zu 4. verbindlichen der Parteien festsetzt: 1. daß die Höchstgrenze der Löhne nach § 7 des RT. mit Wirkung ab 20. Februar auf 15 Pf. pro Stunde festgesetzt wird; 2. daß der Arbeitgeberverband in Fällen, in denen von der Betriebsleitung eine aus dem allgemeinen Rahmen fallende Benachteiligung des Arbeitnehmers ankommt, die Erhöhung der oben genannten tariflichen Höchstgrenze bis zu 8 Pf. pro Stunde zulassen soll.

Verband der Fabrikarbeiter.

Tarifverhandlungen in der Holzindustrie.

Die Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes schreibt uns:

Aus dem unter vorstehender Ueberschrift am Donnerstag in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ veröffentlichten Bericht kann eine leicht mißverständliche Darstellung desfalls entnommen werden, weil hier eine Verwirrung zwischen dem Holzgewerbe und der Musikinstrumentenindustrie eingetreten ist.

Die Verhandlungen über den Abschluß eines Reichsmantelvertrages sind nicht von der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, sondern von der Zentralleitung geführt worden. Da auch der Reichsmantelvertrag für Groß-Berlin am 15. Februar abgeschlossen ist, haben die Berliner Holzindustriellen Ansprüche in den Betrieben anstellen lassen, um eine Rechtsbasis für die tariflose Zeit zu schaffen. Diese Ansprüche bedeuten eine Aufhebung des Arbeitsverhältnisses der einzelnen Arbeitnehmer, welches auf der Grundlage des abgeschlossenen Reichsmantelvertrages, der rechtsverbindlich war, zustande kam. In Betrieben, wo eine Aufhebung nicht erfolgt ist, oder wäre, hätten die Arbeitnehmer auch weiterhin, insofern der Allgemeinverbindlichkeit, Ansprüche zu erheben, die sich aus dem früheren Tarifverhältnis ergeben.

Zum Streik in der „Koka Copie“ (Deutsche Maschinenbau- und Betriebsgesellschaft, Reinickendorfer Str. 45). Nach wie vor werden die Streikbrecher mit dem Auto der Firma Paul Scholz, Bogenstr. 27, von und zur Arbeit befördert. Am Sonntagvormittag 10 Uhr überfielen 4 Mann die Streikposten, zerrissen die Schilder, die sie trugen, und verschwanden im Betrieb. 20 Meter davon ab standen der Streikbrecher Kelling, Pantom, Florstraße 13, und zwei Sipdame. Erst auf energisches Verlangen der Posten mußten die vier Mann mit zur Wache. Der Agent, welcher auf der Wache ein- und ausgeht, als ob er dort zu Hause wäre, ging mit. Kurz darauf wurden sie entlassen, hielten sich ein paar Minuten im Betrieb auf und verschwand dann im Hause Royalstraße 8. Im Betriebe äußerten sich die Streikbrecher: „Eines Tages schlägt die Kocalschonne die Streikposten zu Boden.“ Unnütz zu sagen, daß die Streikbrecher keine Affen sind. Die Polizei, welche mit Verhaftungen und Strafmandaten gegenüber den Streikenden äußerst freigebig ist, bewies gestern morgen erneut ihre einseitige Einstellung. Vor dem Tore bedrohte ein Streikbrecher einen Streikposten mit der Waffe. Der anwesende Oberwachmeister weigerte sich, dem Verlangen des Betriebsrats nachzukommen, den Waffenträger festzustellen. Die Besatzung,

welche auch in der 9. Streikwoche restlos zusammenbrach, erwartete von der Arbeiterschaft Solidarität und weitere zweckdienliche Mitteilungen.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Streik der Oleg-Böttcher. Die Böttcher in den Petroleumwerken Oleg, Lichtenberg, stehen seit dem 18. Februar im Kampf um den Achtstundentag und höhere Löhne. Die Firma sucht in der „Morgenpost“ und anderen Zeitungen Streikbrecher. Vor Arbeitsaufnahme in diesem Betriebe, sowie vor Übernahme von Aufträgen für diese Firma wird gewarnt. Verband der Böttcher.

Nach in Halle hat die radikale Welle in den Gewerkschaften Mitteldeutschlands ihren Höhepunkt überschritten. Die früher sehr stark mit Kommunisten durchsetzte Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Ankeristen in Halle vom Mittwoch in der Jahreshauptversammlung neugewählt. Kommunisten kamen überhaupt nicht in Vorstandsposter hinein.

Gewerkschaftsverfolgungen in Polen. In Warschau wurden in der Nacht zum Donnerstag etwa 80 politische Persönlichkeiten verhaftet, hauptsächlich Führer und Mitglieder der sozialistischen Gewerkschaften.

USPD-Metallarbeiter Charlottenburg. Versammlung am Sonntag vormittag 10 Uhr bei Thunod, Wilmannsstraße. Verhandlungsleiter, die auf dem Boden der Antarkamer Internationale stehen, können eingeführt werden.

USPD-Metallarbeiter!

Am Donnerstag, den 21. Februar, abends 7 Uhr in den Sophien-Gärten, Sophienstr. 16-17, Großer Saal, Versammlung freier USPD-Metallarbeiter. 1. Vortrag über den Verlauf des letzten Verhandlungsversuches. 2. Erleuchtung wichtiger Angelegenheiten. Das Erscheinen sämtlicher USPD-Metallarbeiter ist Pflicht. Der Verbandsrat.

Deutscher Metallarbeiterverband. Sitzung, Metallnormen und Vergütungssatz abend 7 Uhr Vertrauensmännerkonferenz bei Müller, Schötenstr. 6.

Deutscher Verkehrsband, Sektion V, Industriearbeiter. Sonntag vormittag 9 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses allgemeine Sektionsmitgliederversammlung. Jahresbericht der Sektionsleitung und Neuwahl berufen. Mitgliedsbuch ist zur Kontrolle am Eingangs versetzt. Wer über sechs Wochen im Reich ist, erhält keinen Einlaß.

Generalsversammlung der Metallarbeiter

Kassel, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

In der fortgesetzten Aussprache begründet zunächst Dietrich-Röhn (AD) eine von der Opposition eingebrachte Resolution. Weiter Niederlathen bespricht die Lage der Arbeiterschaft im besetzten Gebiet und fordert vom Verbandsvorstand, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, die Bezahlung der Belegungskosten nicht zu ändern. Die Richtbewegung würde auch der Arbeiterschaft schweren Schaden zufügen. Die pfälzischen Metallarbeiter lassen durch ihren Redner erklären, sie sich gegen jeden Separatismus wenden.

Kamradl-Berlin (AD) richtet heftige Angriffe gegen die Berliner Ortsverwaltung, wobei es teilweise zu stürmischen Unterbrechungen kommt. Ziska (USPD), Bevollmächtigter der Berliner Ortsverwaltung, weist diese Angriffe zurück. Schumann-Halle will es nicht wahr haben, daß die Kommunisten die Arbeiterführer persönlich angegriffen. Außerdem behauptet er aufs neue, daß der ADGB und die Sozialdemokratie für den Ausnahmezustand verantwortlich seien. Danath-Dessau (USPD) weist gegenüber der Beherrschung der Moskauer Diktatoren auf die Verfolgung der Sozialisten in Russland hin. Die Disziplin der Kommunisten besteht in disziplinärem Verhalten gegenüber den Gewerkschaften. An Hand von Dokumenten weist er nach, daß die Internationale Arbeiterhilfe eine kommunistische Agitationszentrale ist.

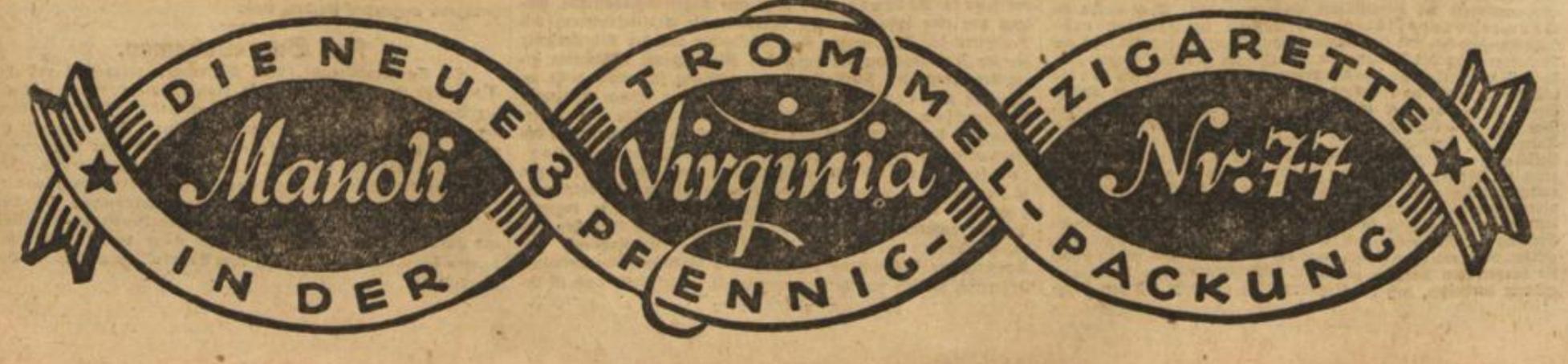
Nachmittags-Sitzung.

Dihmann führt in seinem Schlusswort aus: Den Wünschen der Kollegen im besetzten Gebiet wird soweit als möglich Rechnung getragen. Der Jugendbewegung hat sich der Vorstand stets mit allen Kräften angenommen und wird es auch in Zukunft tun. Soweit die finanzielle Möglichkeit gegeben ist, wird die „Metallarbeiter-Zeitung“ in ihrem Umfang erscheinen. Der Vorstand hat den dringenden Wunsch, daß die unklaren Verhältnisse in Stuttgart recht bald behoben werden. Zum einträchtigen Zusammenarbeiten müssen alle guten Willen haben. Der Vorstand hat nie eine Niederlage beschmigt, aber er kann es nicht für richtig halten, alle Teilerfolge herunterzureißen. Mit den Methoden, die die Anhänger Schumanns betreiben, kann man keine erfolgreiche Arbeit für den Verband leisten. Dauerndes Herunterreißen des Verbandes und seiner Führer vernichtet das Vertrauen der Massen. (Sehr richtig!) Das ist einer der Gründe für den Rückgang der Gewerkschaften. Das wäre aus den deutschen Arbeitern geworden, wenn sie die Gewerkschaften nicht gehabt hätten. (Sehr richtig!) Der Redner wendet sich dann gegen die Erklärung des Bergarbeiterverbandes. Kollege Scheffer habe erklärt, daß er jenem Verhandlungsergebnis nie seine Zustimmung gegeben habe, ebenso habe der Vorstand und sein Vertreter es abgelehnt, dem Abkommen zuzustimmen. Auch habe der Metallarbeiterverband den nordwestlichen Unternehmern keine Arbeitszeitverlängerung konzediert, sondern nur zugestanden, daß bei großem Arbeitsandrang gegen notwendige Überstunden kein Einspruch erhoben werde. Die USPD ist sehr energisch für die Betriebsräte eingetreten. Der Metallarbeiterverband will der unheilvollen Zerstückelung in Berufsverbände ein Ende machen. Der ADGB soll in dieser Beziehung helfen, die Beschlüsse des Gewerkschaftsfongresses zu verwirklichen. Die Einigung des Proletariats ist eine dringende Notwendigkeit. Leider kommt man immer weiter auseinander. Das ist die Tragik der deutschen Arbeiterschaft, und ich befürchte, daß dieses traurige Kapitel noch nicht zu Ende ist. Die kommunistischen Mitglieder kommen leider aus ihrer Parteieinstellung nicht heraus.

Nach weiteren Schlussworten Weigigs für den Ausschuß und Kammers für die Metallarbeiter-Redaktion erfolgt um 7 Uhr Vertagung. Um 8 Uhr abends beginnt eine Nachsitzung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Kasper; Wirtschaft: S. S.; Ernst Reuter; Gewerkschaftsbewegung: S. Weizsäcker; Kultur: K. S. Weizsäcker; Polizei und Gendarmen: Felix Rathke; Einzelne: K. S. Weizsäcker; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Carl Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, hierzu 1 Beilage.

Café Zielka Varieté-Kabarett, Friedrichstraße 60 Ecke Leipziger Straße, nachm. 4^{1/2}, abends 7^{1/2} Uhr. U-60es Programm



Der Aerztestreik.

Eine Auseinandersetzung in der Stadtverordnetenversammlung.

Bei der gestrigen Fortsetzung der Stadtverordnetenversammlung über den Aerztestreik beleuchteten die Redner der sozialdemokratischen Fraktion das Verhalten der Aerzte. Den Reigen eröffnete Genosse Thurm mit einer großen Rede, in der er aus dem Bergehoch bei den Krankenkassen aufgeblühten Anlagematerial manche sehr böse Probe mitteilte. Die Reulenschläge wirkten seine Ausführungen über diejenigen Aerzte, die von Rassenmitgliedern die hohen Honorare der Privatpraxis forderten und bei Unfähigkeit zu sofortiger Bezahlung sich durch Pfändung von Uhren und Ueberziehern sicherten. Aertzehof gegen die Krankenkassen ist sogar nicht zurückgeschreckt vor dem Versuch, Rassenmitglieder zu betrügerischer Schädigung der Krankenkassen zu verleiten. Genosse Dr. Moses zeigte den wirtschaftlichen Untergrund des Kampfes der Rassenärzte, die in ihrer Wehrheit seit langem unter ihrem Ueberangebot leiden. Er geißelte den Terror, den Aerzte nicht nur gegen andersdenkende Kollegen, sondern auch gegen hilfesuchende Kranke für zulässig gehalten haben. Ein Aertzeführer habe z. B. einer ihre Rassenpraxis fortsetzenden Aertzin erklärt, sie dürfe das nicht, auch wenn die Kranken „verrecken“. Genosse Dr. Wegl kennzeichnete das Bündnis zwischen den Kommunisten und jenen Aerzten, die ihren Kampf auf dem Rücken der Rassenmitglieder und mit solchen Mitteln ausfechten. Er erwähnte einen geradezu ungeheuerlichen Fall von Terror gegen ein Rassenmitglied, dessen Behandlung der Arzt mit der Begründung verweigert habe, daß hier nicht Lebensgefahr vorliege, sondern höchstens Verlust des Augenlichts eintreten könnte. Gegenüber den Rassen hielten die Aerzte an ihrem Herrenstandpunkt fest, wie wenn nicht sie unterlegen wären. Zur Abstimmung über die Anträge der Deutschnationalen und der Kommunisten kam es auch in dieser Sitzung noch nicht.

In der gestrigen Sitzung war zunächst der Ausschuss für die Vorbereitung der Wiederbesetzung der Stelle des zweiten Bürgermeisters zu wählen. Die D. Sp. wollte diesen Ausschuss oder erst einen besonderen Ausschuss mit der Prüfung der Frage des Abbaues der Magistratsmitglieder betraut wissen und verlangte dafür die Dringlichkeit, sie damit indessen ab. Nachdem der Antrag zur Vergütungssteuerordnung ohne Ausprägung abgelehnt war, befaßte sich die Versammlung mit der Abänderung des Ortsstatuts für die Gewerbegebiete, wonach die Entschädigung der Besitzer für jede Sitzung hinfort 2 Goldmark betragen soll. Von unseren Genossen wurde beantragt, daß darüber hinaus der Beitrag erstattet werden soll, falls der Lohn- oder Gehaltsausfall 2 M. übersteigt, und der Wirtschaftspolizeier Grönwaldt wollte dem Gericht das Recht einräumen, von den Rechtsuchenden einen Kostenvoranschlag zu verlangen. Nach kurzer Aussprache wurde für diese Fragen Ausschussberatung beschlossen. — Die Sitzung für das Ernährungswesen kam mit der Abänderung zur Annahme, daß in der Deputation die Versammlung durch 17 statt durch 11 Mitglieder vertreten sein soll. Hierauf legte man die vor 8 Tagen begonnene Beratung der Anträge der Deutschnationalen und der Kommunisten beiz.

Ärztliche Versorgung der Berliner Bevölkerung
 fort. Mit der Ausprache verbunden wurde eine Anfrage der Deutschnationalen, was der Magistrat gegen die Errichtung von Beratungsstellen im Nichtenberger Rathaus zu tun gedenke. Obermagistratsrat Meyer teilte einleitend mit, daß inzwischen tatsächlich das Oberverwaltungsamt die bekannte Verfügung des Versicherungsamts aufgehoben und die Ausführung ausgeführt habe, indem es die Rechtsgründe des beteiligten Ministeriums reprobieren. Am 15. Februar sei vom Oberverwaltungsamt wegen der Sicherstellung der ärztlichen Versorgung Berlins eine anderweitige Verfügung ergangen, wonach die Krankenkassen bis zum 25. Februar den Nachweis zu führen haben, daß sie auf je 1850 Versicherte einen Arzt vertraglich bestellt haben.

der Kampf der Aertze gegen die Krankenkassen im Endziel gegen die gesamte Sozialversicherung gerichtet sei. Ueberall, sogar in der Gesundheitsdeputation, sei man darauf aus, die Krankenversicherung immer mehr zu belasten, um sie tatsächlich unmöglich zu machen. Den Aerzten und den mit ihnen sympathisierenden bürgerlichen Rechtsparteien seien jetzt als Bundesgenossen auch der Obermagistratsrat Meyer und die Kommunisten erwachsen. Nach der Beratung vom 30. Oktober wird den Krankenkassenärzten parajuristische Beihilfe zur Pflicht gemacht, ihnen im Falle des Verlustes angedroht, daß sie zur Verantwortung gezogen werden, und den Rassen die Zulassung neuer Aerzte unterjocht. Daraufhin haben die Aerzte zum 1. Dezember den vertraglosen Zustand eingeführt. Durch diesen Behandlungsstreik ist

den Rassen und den Versicherten ungeheurer Schaden zugefügt worden. Was die Reichslage betrifft, so stellt sich das Gutachten des Geh. Justizrats Hahn-Wilmersdorf ebenso wie der Reichsarbeitsminister durchaus auf die Seite der Krankenkassen. Der Minister stellt in seinem Schreiben vom 20. Januar an den Krankenkassenverband fest, daß die alten Verträge durch den Vertragsbruch der Aerzte erloschen sind. Recht und Gesetz stehen auf Seiten der Rassen und der Versicherten, und ebenso alle diejenigen, die nicht die Interessen einer bestimmten Berufsgruppe über das Gemeinwohl stellen. Nun wollen die Aerzte unter der Bedingung der freien Arztwahl weiterarbeiten.

Am Personal und am Gehalt ist bei den Krankenkassen bis 40 Proz. abgebaut; bei den Aerzten aber soll kein Abbau erfolgen!

Die Herren sind sogar beim General v. Seckl vorstellig geworden, daß er auf Grund des Belagerungszustandes gegen die Rassen einschreite (Lebhaftes hört, hört!) — Nachdem man mit dem Vertragsbruch nichts erreicht hat, versucht man auf anderem Wege die Zerstörung der Sozialversicherung. Man verordnet die teuersten Arzneien und nimmt den Kranken ungeheure Honorare ab — Redner führte dafür eine Reihe höchst drastischer Beispiele, zum Teil unter Namensnennung, an —, und man geht andererseits denen, die sich der guten Sache zur Verfügung gestellt haben, mit Drohungen und Verleumdungen zu Leibe. Der störrische Kreisrat von Nichtenberg drohte, die Aerzte einer Behandlungsfelle, wenn sie nicht sofort die Arbeit einstellen, durch die Polizei hinausbringen zu lassen! Das Reg der Behandlungsstellen muß bestehen bleiben, es muß muntergütig ausgebaut und endlich

die Familienversicherung eingeführt werden. Der Antrag der Deutschnationalen wie der der Kommunisten verstoßen gegen die Interessen der Versicherten und gegen die Interessen der Arbeiterklasse. Wir wünschen auch eine möglichst schnelle Regelung im Interesse der Versicherten, darum lehnen wir beide Anträge ab; mögen sie wandern, wohin sie gehen; in den Papierkorb! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtmittelrat Rabnow erklärte, daß der Magistrat schwerlich ein Recht habe, in die Befugnisse des Bezirksamts Nichtenberg einzugreifen und beschränkt, daß in der Gesundheitsdeputation das Bestreben dahin gehe, die Rassen immer mehr zu belasten; die Finanzlage der Stadt sei noch schlechter als die der Rassen. Obermagistratsrat Meyer legte gegen die Anweisung seiner Unparteilichkeit Verwahrung ein.

Die Sache der Aertzeorganisation zu führen ließ sich nunmehr Dr. Falkenberg (D. Sp.) angelegen sein.

Eine Rede Dr. Falkenbergs mit einem Wutausbruch zu vergleichen

würde keine Uebertreibung bedeuten. Er begann sofort damit, den Genossen Thurm als Schwächling der Krankenkassen abzulehnen, da aus ihm ein so erbitterter Haß gegen die Aerzte gesprochen habe, daß er eines objektiven Urteils unfähig sei; dann stellte er fest, daß die Aerzte zur stillen Rindigkeit bereit waren, ein Vertragsbruch daher gar nicht vorliege. Den größten Raum in seiner Rede nahmen dann seine

Denunziationen der „Rotheiser“ in den Ambulatorien, und Angriffe auf Dr. Wegl und Dr. Moses als Vertreter des Krankenkassenärztereins ein. Er erklärte es für absolut un-

möglich, daß die Rassen bis zum 25. Februar 1100 Aerzte stellen könnten, und er schloß mit der Beteuerung, daß die 3000 bis 4000 Aerzte nicht unter das von West und Genossen aufgerichtete laudische Joeh geben würden.

An dieser Stelle schob die Versammlung die Abstimmung über die am Dienstag verhandelten Anträge ein. Fast einstimmige Annahme fand der Antrag der Demokraten betreffend die dritte Steuernotverordnung; auch der Antrag, der das Einkommen gegen die an den Verlusten der Berliner Brennstoffgesellschaft Schuldigen forderte, wurde angenommen. Abgelehnt wurde dagegen der Antrag der Deutschnationalen wegen Ausweisung der seit 1. August 1914 zugewanderten Ausländer.

In der fortgesetzten Aussprache über die ärztliche Versorgung traten dann nacheinander noch Gen. Dr. Moses und Gen. Dr. Wegl in die Schranken. Dr. Moses wies darauf hin, daß zu den tieferen Ursachen des jahrelangen Kampfes zwischen Rassen und Aerzten auch das Postum gehöre,

daß es in den großen Städten zweifellos Aerzte gibt, daß auch die Aerzte im kapitalistischen Staate der wirtschaftlichen Konjunktur, dem Gesetz von Angebot und Nachfrage, unterworfen. Jetzt erklären die Herren Aerzte, sie seien eine Gewerkschaft und führten ihren Kampf mit gewerkschaftlichen Mitteln. Die Aerzte können aber gar keine Gewerkschaft bilden, sie sind ein Zusammenschluß von keinen Gewerbetreibenden. Vom medizinischen Standpunkt gesehen nicht die Ambulatorien, sondern im Gegenteil gerade die Sprechstunden der „Rassenärzten“ Anlaß zu schwersten Bedenken. Herr Kirchner sollte einmal, wie es der Oberbürgermeister getan hat, die Behandlungsfelle in der Klosterstraße in Augenchein nehmen. Insofern Hygieniker erblicken darin einen großen Fortschritt. Mit seiner Rede hat Dr. Falkenberg dem ganzen Aertzeverband sehr geschadet; auf solche Weise wird im Publikum das Vertrauen zu den Aerzten vernichtet. Die Herren wollen nicht wieder die Arbeit aufnehmen, bevor die Verordnung aufgehoben sei — sie ist nicht aufgehoben und wird nicht aufgehoben werden, die Aerzte haben „gewerkschaftlich“ eine glatte Niederlage erlitten.

Die Aerzte ist, daß den Kranken, die nicht sofort zahlen konnten, Uht, Ketten, Ueberzieher abgenommen, ja selbst Trauringe von den Fingern gezogen worden sind!

Der Vorsitzende des Groß-Berliner Aertzebundes, Dr. Scherer, hat einer Aertzin Dr. Kraus in Nichtenberg die Behandlung von Rassenkranken mit dem Ausdruck „und wenn sie verrecken!“ verweigert (Wutruf), worauf die Aertzin dieser Organisation den Rücken zu kehren erklärt hat. Hoffentlich sorgt man für gerichtliche Klarstellung dieses Falles. Die Aertzeorganisation operiert mit einem Terror schimmiger Sorte, auch über die UEG. hat sie den Behandlungsstreik verhängt. Diesen unhaltbaren Zuständen haben wir den Mut befehlen, Schluß! zuzurufen. Wir sind stolz, den Rassen Helfer geworden zu sein und werden die höhnende Bezeichnung „Rotheiser“ als Ehrenitel betrachten.

Gen. Dr. Wegl sprach die Ueberzeugung aus, daß die Kommunisten, die sich in der Tendenz ihres Antrags mit den Deutschnationalen begegnen, sich irren, wenn sie hoffen, auch auf diesem Gebiete durch Zerspaltung politische Geschäfte zu machen. Den Bemühungen des Dr. Falkenbergs, die „Rotheiser“ lächerlich zu machen, könnte

einmal würdigeres Gegenmaterial der Krankenkassen gegenübergestellt werden. Nur ein Beispiel: Ein Augenarzt lehnte die Behandlung eines Patienten ab,

da Lebensgefahr nicht vorhanden sei, sondern nur das Augenlicht verloren gehen könnte, aber man könne auch ohne Augenlicht sehr gut weiter leben!

(Wutruf und Erregung.) Von den Berliner Aerzten seien gut 30 bis 40 Proz. beschäftigt; die anderen 60 bis 70 Proz. hätten nur wenig zu tun und schimpften andauernd auf die Rassen. In die Anarchie der ärztlichen Versorgung müsse eine gewisse Planmäßigkeit hineinkommen, dann würden die Aerzte auch nicht mehr Träger von Lohnbewegungen sein. Von ihrem größtmöglichen eigenen Selbstbewußtsein müßten die Aerzte zurückkommen; sie könnten nicht den Rassen einen Diktatfrieden auferlegen. Hinter den Krankenkassen stehe auch die Gesamtheit der Betriebskrankenkassen. Das System der unbeschränkten freien Arztwahl sei für die Rassen, für die Aerzte und für die öffentliche Gesundheitspflege von dem gleichen Nachteil. Nicht die Behörden, nicht die Verwaltung könne helfen; die Aerzte selbst müßten für einen Ausgleich, für eine Verständigung sorgen.

Nachdem noch Frau Deutsch (Dem.) abermals für die freie Arztwahl eingetreten, wurde nach den Schlussworten von Kirchner (Dok.) und Schwend (Komm.) die Abstimmung verschoben und die Sitzung gegen 10 Uhr geschlossen.

(Reduziert durch Kall-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

Als ob der Entschluß, der seinem ganzen weiteren Leben eine andere Richtung geben mußte, schließlich in Jürgens Empfinden übergegangen wäre, hatte sich mit dem Entschlusse unversehens sein ganzes Körpergefühl verwandelt. Gang und Glieder wären schwer geworden. Alles Gewesene und die Umwelt hatten an Gewicht verloren.

Jürgen, entschlossen, sich auf sich zu nehmen, verließ ein schweres Ganzes, die Wille, um nicht mehr zurückzukehren.

Sein Gefühl wußte, was er auf sich nahm. Dieses Gefühlslabemühen lastete von dem ersten Schritte an, den er außerhalb des Gartens tat, so schwer in ihm, als hätte es seit Jahren sein Wesen bestimmt. Das Bisherige war verjunken. Dahin gab es kein Zurück mehr.

Er möge ein bißchen warten, rief Katharina durch die verschlossene Tür, trat schnell vom Arbeitstisch weg in die Mitte des dunklen Balkentanzes, das den Fußboden überdeckte.

Beide Hände in den Taschen des Sweaters, blickte sie prüfend rundum in ihrem großen Partierzimmer, ohne sich vom Plaze zu bewegen. Die gebülmte Tapete, älter als Katharina, war mit vielen kreisrunden Kostflecken übersät, an vielen Stellen gesprungen und mit Markpapier zusammengeklebt. Nur eine Gasflamme brannte an dem Doppelarm.

Nachdenklich strich sie sich mit dem dünnen Mittelfinger über die braune, gebogene Braue, berührte dabei die Lippe mit der Jungenspinne, wie vor Jahren an dem Abend, da sie, stehend in ihrem Mädchenzimmer, den Entschluß, für immer das Elternhaus zu verlassen, gefaßt und sofort ausgeführt hatte.

Auch jetzt machte sie diese Doppelgebärde, als habe sie einen Entschluß gefaßt, entzündete den zweiten Glühstrumpf, schloß das Fenster, von dem aus die fernblinkenden roten und blauen Lichter des Rangierbahnhofes und der Eisenbahnwerkstätte zu sehen waren, und zog den Vorhang zu. Mehr Verschönerungsmöglichkeiten gab es nicht.

Im Zimmer, nun abgeschlossen von der Außenwelt, war es ganz still. Nur das Herz klopfte. Schon mittenweges zur

Tür, kehrte sie noch einmal um, setzte sich, Hand auf dem Herzen und staunte.

Hinter der verschlossenen Tür stand Jürgen in schwerer Ruhe.

Sie schob, nachdem sie die Tür geöffnet hatte, beide Hände sofort wieder in die Sweateraschen, erkannte an Jürgens Blick sofort, daß der Grund seines Besuches ein anderer war, und nahm die Hände wieder heraus.

Er hatte ihr nicht die Hand gereicht. Er saß schwer am Tisch und erzählte, ohne Einleitung, sachlich und ohne Scham, als schildere er das Erlebnis eines anderen, was sich gestern mit ihm ereignet hatte. Dabei machte seine Hand, die schwer auslag, keine verstärkende Bewegungen. Auch als er, bemüht, sich und ihr das gestern Geschehene verständlich zu machen, in großen Zügen sein bisheriges Leben erzählte, schilderte er die Leiden, die Demütigungen und die nicht durchgekämpften Kämpfe des Kindes und Jünglings so, als spräche er von einem beliebigen anderen.

So ergab sich, während sie die Abendsuppe bereitete auf dem Gaskocher, der auf einem niedrigen Ristchen stand, so daß sie öfters in tiefer Kniebeuge sitzen mußte, ein Gespräch über Einzel-Ich und Umwelt.

Einst, vor Jahren, als sie noch nicht Sozialistin gewesen sei, habe sie sich vorgestellt, was geschehen würde, wenn einmal eine ganze Generation nicht als machtlose Kinder, sondern, ungeboren durch falsche Erziehung, Autorität und Umwelt, gleich als zwanzigjährige geboren werden und so auf dem Kampfplatz erscheinen würde. Mit der Kraft ihres verborgenen Wesens würde diese Generation ohne Schwierigkeit das Ganze über den Haufen werfen.

„Leider aber kommt der Mensch als wehrlos'er Säugling auf die Welt,“ schloß sie und lächelte froh, als sei diese Wehrlosigkeit das Erreuestische, das dem Säugling geschehen könne. Das Herz klopfte nicht mehr.

Sie gab sich Mühe, besonders gut zu kochen, fragte, ob er die Hafersuppe lieber dick oder dünn, süß oder weniger süß esse.

„Das ist mir ganz gleich. Ich habe noch niemals Hafersuppe gegessen.“ Er beobachtete, wie sie herumhantierte, sich tief zu Boden beugte, wieder senkrecht stand. „Starr und fest wie ein junges Baumsämmchen, junges Rußbaumsämmchen,“ fiel ihm ein.

Sie stand, ein rechter Winkel, über den Gaskocher gebeugt.

Bon geht an wirkt du vermutlich sehr oft Hafer'suppe essen, dachte sie, während sie die zwei dampfenden, zu vollen Suppenteller vorsichtig durch das Zimmer trug zum Tisch, der am Fenster stand.

Jürgen, tief dabei, die Summe seines bisherigen Erlebens, Erleidens, Erkennens zu ziehen, bereitete und gewillt, von nun an klaren Bewußtseins zu handeln, bedurfte in dieser Stunde, da er im Rückblick auf sein Leben schon und erst den Aufbruch zu sich selbst begann, noch des Verweilens bei den Ursachen, bestrebt, ihr Ineinandergreifen fehlerlos zu erkennen.

Er dachte: Der Sozialismus muß sich auf allen Gebieten des Lebens mit absoluter Notwendigkeit und Ausschließlichkeit ergeben aus dem Wahnsinn des Bestehenden. Die Rechnung muß stimmen. Und sagte:

„Es gibt nicht nur eine herrschende Klasse und unterdrückte Klassen; es gibt auch eine jeweils herrschende Generation, die durch alle Klassen durchgeht: Alle Erwachsenen nämlich, die, wachstrogend, mit Hilfe der bestehenden Seelenmord-Gesellschaftsordnung, in der sie selbst tödlich verstrickt und untergegangen sind, die heranwachsenden Generationen abwürgen, entseeligen... In diesem Sinne bilden alle Erwachsenen zusammen eine granitene Einheit, einen Wall, gegen den die Heranwachsenden vergebens anrennen, so lange anrennen, bis sie selbst entseeligte, lebende Leichen sind und Teile des Walles bilden, gegen die neu heranwachsenden Generationen.“

Sie stand rückwärts und rieb, betrachtete den Vössel, rieb weiter, hauchte ihn an. Der verginnte Schlüssel bekam keinen Glanz.

„Denn wenn es auch eine Tatsache ist, daß jeder Mensch als „Reines Ich“ geboren wird, ist es eine ebenso unumwidliche Tatsache, daß das Reine Ich ganz und gar unentwickelt, ganz und gar verjunken und verschüttet und erlöset ist im Bürger des zwanzigsten Jahrhunderts... Aber wie sieht es mit der Entwicklungsmöglichkeit des Ich im Proletariat'nde? Wie verhalten sich Umwelt und proletarische Eltern zu dem Ich im proletarischen Kinde und umgekehrt?“

Darüber habe sie noch nicht nachgedacht. Katharina stand noch einmal auf, kramte lange in einer Schublade und legte dann eine Papiersepiette vor Jürgen hin.

„Das ist aber eine sehr wichtige Frage. Auch hier müßte die Rechnung stimmen.“

(Fortsetzung folgt.)

